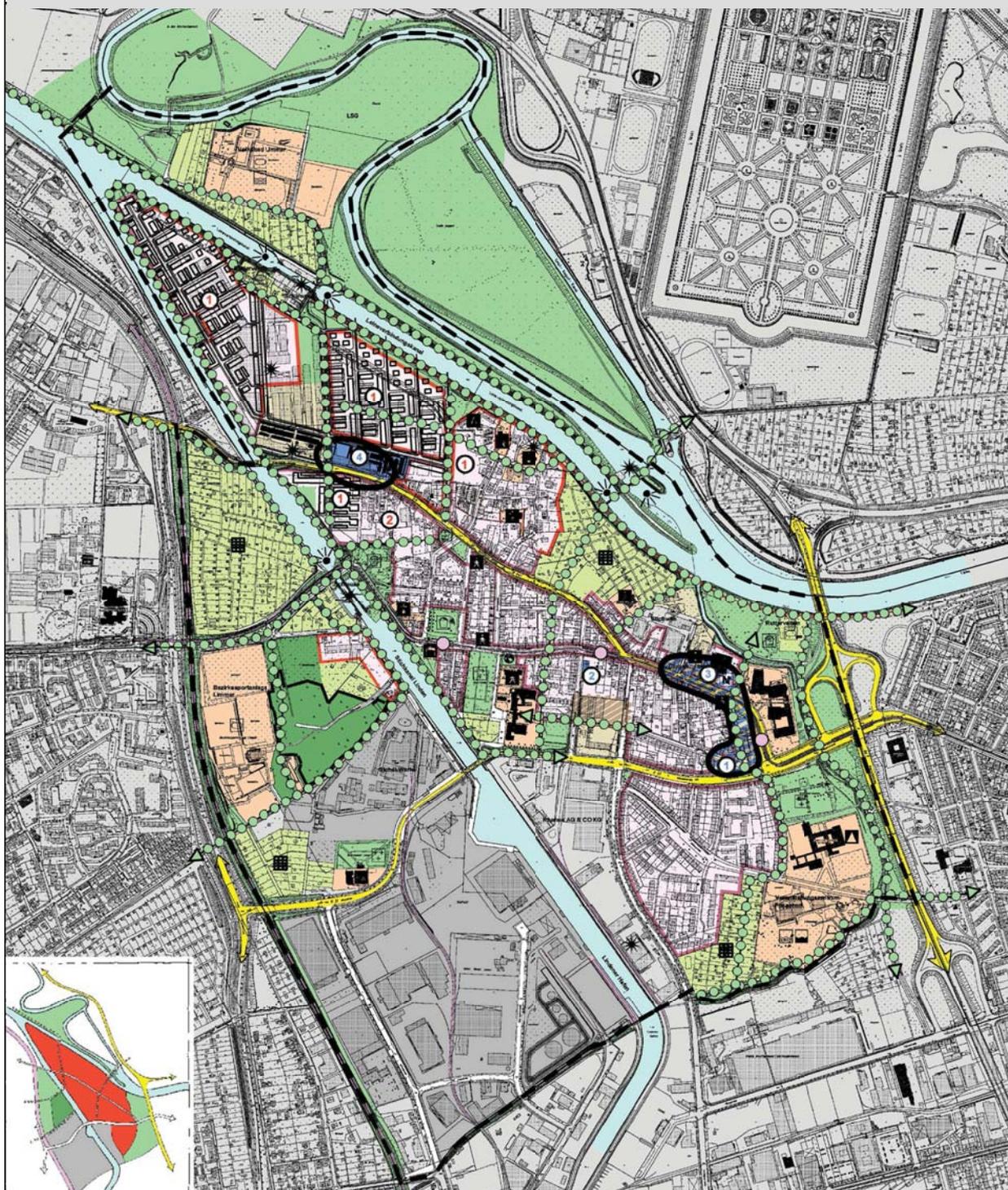


STADTTEILEINGANG LIMMER-OST

ANLAGEN

- A) Plan zum Stadtteileitbild
- B) Plan zum Zielkonzept Freiflächenplanung
- C) Plan zum Zielkonzept Verkehrsplanung



**STADTEIL
LIMMER
LEITBILD**

- STADTEILPROFIL**
- Stadtteil / Ortsmitte / Marktbereich
 - Schloss
 - pittoreskes Stadtbildmerkmal
 - ★ Marktplatz
- WOHNEN**
- Gewerbewohnungen
 - Einfamilienhäuser
 - Rummelung Einfamilienhäuser
- VERSORGUNG**
- Einzelhandel
 - Nahversorgungszentrum
 - Rummelung Nahversorgungszentrum
- GEMEINBEDARF**
- Gewerbebetriebsfläche
 - ▲ Ausbildung
 - ▲ Schule, allgemeinbildend
 - ▲ Schule, berufsbildend
 - ▲ Hochschule
 - Verwaltung, Soziales, Gesundheit
 - Öffentliche Verwaltung
 - Kindertagesstätte
 - Elternkita
 - Kletterturm
 - Kirche, Kultur, Sport und Freizeit
 - Kirchliche Einrichtung
 - Freizeitanlage
 - Jugendzentrum
 - Sportanlage
 - Hallenbad
 - Hotel
- ARBEITEN**
- Büro / Verwaltung
 - Gewerbe
 - produktives Gewerbe / Industrie
 - Hotel / Gastronomie
- FREIRAUM / GRÜN / WASSER**
- öffentliche Grünfläche
 - Springbrunnen
 - Skulptur
 - Hof
 - Kleingärten
 - private Grünfläche
 - Tennisplatz, Fußballplatz
 - Aussichtspunkt
 - Wald
 - Wasserfläche
- VERKEHR**
- Schienenweg
 - Hauptverkehrsachse / Erschließungsweg
 - Stadtbahn / Haltepunkt
- SONSTIGES**
- Gemischte Nutzung
 - Stadtteil / Gebietsgrenze

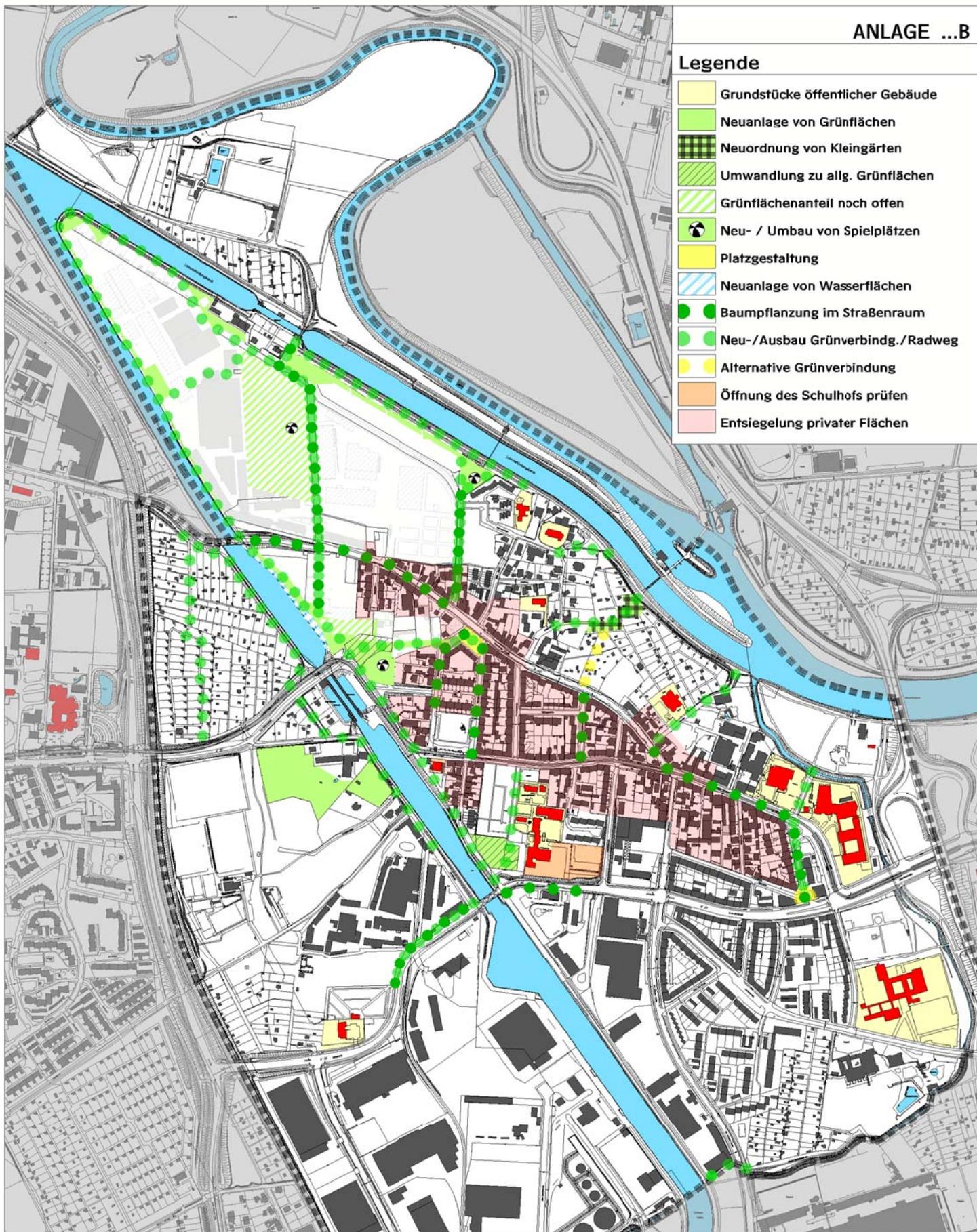
1 : 2 500 Stand: 11.2006
 Fachbereich Planen und Stadtentwicklung
 41.17.02.

**AKTIVE STADT- UND ORTSTEILZENTREN
 ORTSEINGANG LIMMER OST
 Stadtteileitbild**

**LANDESHAUPTSTADT HANNOVER
 SACHGEBIET STADTERNEUERUNG OE 61.41
 ohne Maßstab HANNOVER, den 26.06.2008**

Legende

-  Grundstücke öffentlicher Gebäude
-  Neuanlage von Grünflächen
-  Neuordnung von Kleingärten
-  Umwandlung zu allg. Grünflächen
-  Grünflächenanteil noch offen
-  Neu- / Umbau von Spielplätzen
-  Platzgestaltung
-  Neuanlage von Wasserflächen
-  Baumpflanzung im Straßenraum
-  Neu- / Ausbau Grünverbindg./Radweg
-  Alternative Grünverbindung
-  Öffnung des Schulhofs prüfen
-  Entsiegelung privater Flächen

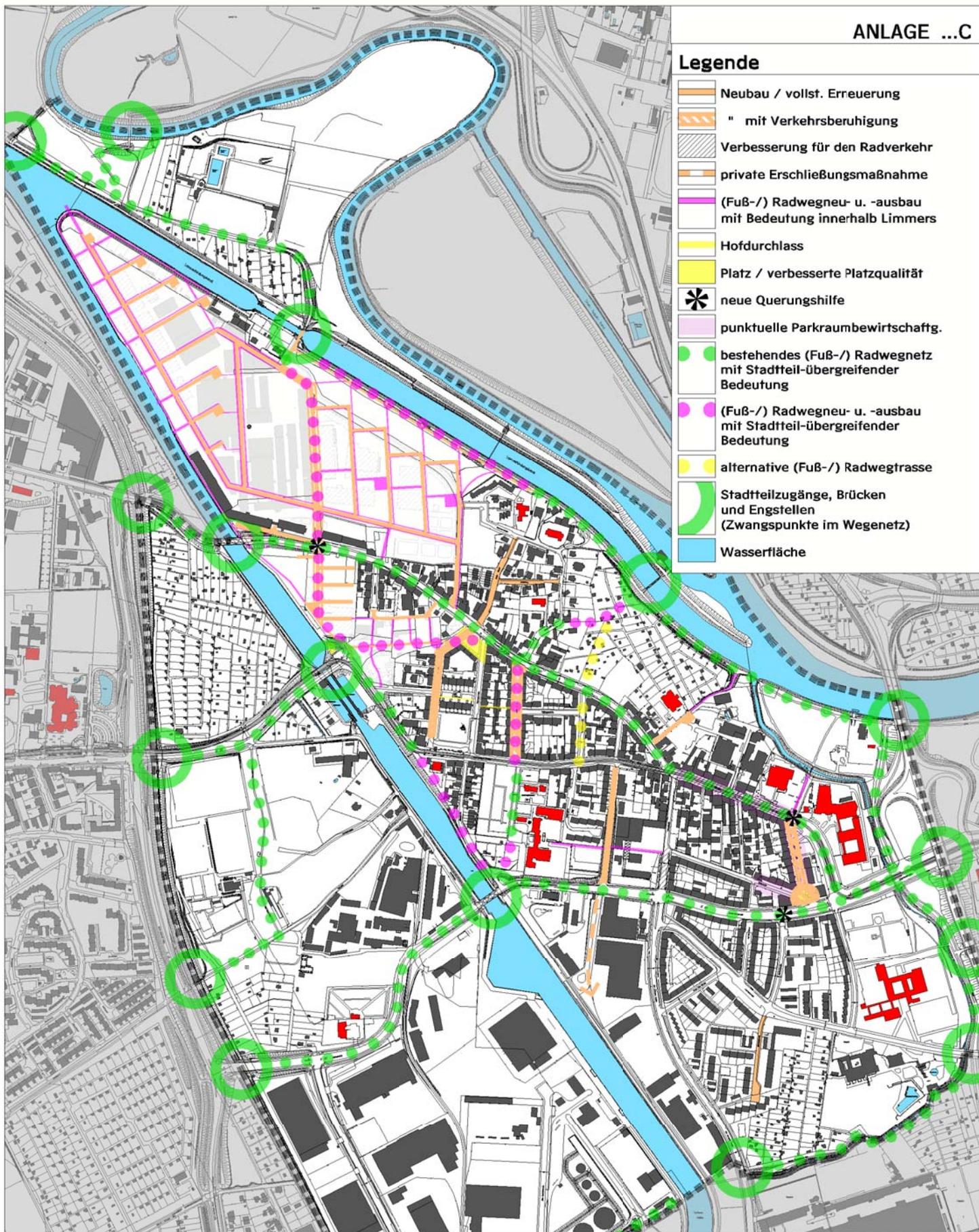


AKTIVE STADT- UND ORTSTEILZENTREN
ORTSEINGANG LIMMER OST
GRÜNPLANUNG 4
 Zielkonzept Freiflächenplanungsplanung

LANDESHAUPTSTADT HANNOVER
 SACHGEBIET STADTERNEUERUNG OE 61.41
 M 1:10.000 HANNOVER, den 26.06.2008

Legende

-  Neubau / vollst. Erneuerung
-  " mit Verkehrsberuhigung
-  Verbesserung für den Radverkehr
-  private Erschließungsmaßnahme
-  (Fuß-/) Radwegneu- u. -ausbau mit Bedeutung innerhalb Limmers
-  Hofdurchlass
-  Platz / verbesserte Platzqualität
-  neue Querungshilfe
-  punktuelle Parkraumbewirtschaftg.
-  bestehendes (Fuß-/) Radwegnetz mit Stadtteil-übergreifender Bedeutung
-  (Fuß-/) Radwegneu- u. -ausbau mit Stadtteil-übergreifender Bedeutung
-  alternative (Fuß-/) Radwegtrasse
-  Stadtteilzugänge, Brücken und Engstellen (Zwangspunkte im Wegenetz)
-  Wasserfläche



AKTIVE STADT- UND ORTSTEILZENTREN
 ORTSEINGANG LIMMER OST
 VERKEHRSPANUNG 4
 Zielkonzept Verkehrsplanung

LANDESHAUPTSTADT HANNOVER
 SACHGEBIET STADTERNEUERUNG OE 61.41
 M 1:10.000 HANNOVER, den 26.06.2008

STADTTEILEINGANG LIMMER-OST

ANLAGE

D) Hannover plusZehn, Stadtentwicklungskonzept 2005-2015

Hannover **plusZehn**

Arbeiten für eine junge und innovative Stadt | 2005 - 2015

Landeshauptstadt

Hannover

Der Oberbürgermeister

Redaktion

Kay de Cassan (Fachbereich Wirtschaft)
Michael Heesch (Fachbereich Planen und Stadtentwicklung)
Hermann Kuckuck (Fachbereich Finanzen)
Theda Minthe (Büro Oberbürgermeister)
Raimund Nowak (Büro Oberbürgermeister)
Stefan Rauhaus (Fachbereich Jugend und Familie)
Dr. Carola Schelle-Wolff (Fachbereich Bibliothek und Schule)
Karin van Schwarzenberg (Fachbereich Umwelt und Stadtgrün)
Dieter Wuttig (Fachbereich Bildung und Qualifizierung)

Kontakt

Büro Oberbürgermeister
Geschäftsstelle Hannover Strategie
Theda Minthe

Telefon

Trammplatz 2 30159 Hannover

0511-168-46251

Telefax

0511-168-46060

Theda.Minthe@hannover-stadt.de

www.hannover-pluszehn.de

Fotos

Rainer Keil
Simon Werbeagentur GmbH

Gestaltung

Simon Werbeagentur GmbH

Druck

Druckhaus Benatzky

Stand

Dezember 2005

Hannover **plusZehn**

Arbeiten für eine junge und innovative Stadt | 2005 - 2015

Hannover plusZehn

Arbeiten für eine junge und innovative Stadt 2005 - 2015

Teil A

Hannover plusZehn:

Arbeiten für
ein junges und innovatives Hannover ____ 4
Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg

Herausforderung des demografischen Wandels für Hannover

1. Daten - Trends - Perspektiven _____ 6
2. Junge Stadt in einer alternden
Gesellschaft _____ 10

Übergeordnete Politikkonzepte
und Hannover plusZehn _____ 12

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

„Erobert das Rathaus - Ideen und Projekte
zur Stadt von morgen“ _____ 14

Teil B

Die Zehn-Plus-Punkte _____ 15

Plus 1	Hannover setzt auf bürgerschaftliches Engagement und lebendige Stadtteile _____	16
Plus 2	Hannover investiert in Bildung und Kinder _____	18
Plus 3	Hannover fördert die Integration _____	20
Plus 4	Hannover schafft familienfreundliches Wohnen _____	22
Plus 5	Hannover handelt weltoffen _____	24
Plus 6	Hannover stärkt die Wirtschaft _____	26
Plus 7	Hannover verbindet Wissenschaft und Stadt _____	31
Plus 8	Hannover l(i)ebt Stadtkultur _____	33
Plus 9	Hannover schützt Klima und Umwelt _____	35
Plus 10	Hannover sichert die Handlungsfähigkeit _____	38

Teil C

Maßnahmebögen _____ 40

Anlagen:

Aalborg Commitments _____ 65
Deklaration von Barcelona _____ 66



Hannover plusZehn: Arbeiten für ein junges und innovatives Hannover

Die nächsten zehn Jahre sind für die Stadtentwicklung von großer Bedeutung. Die Städte müssen sich unter Rahmenbedingungen bewähren, die von geringem Wirtschaftswachstum und hoher Arbeitslosigkeit, öffentlicher Finanznot sowie demografischem und sozialem Wandel geprägt sein können.

In dieser Situation müssen wir die Kräfte der Stadt für die Bewältigung der bevorstehenden Aufgaben mobilisieren. Die lokale Ebene bestimmt nicht die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die gesellschaftliche Entwicklung. Städte können jedoch klug oder weniger klug ihren Handlungsspielraum nutzen. Eine verantwortliche Stadtpolitik muss sich rechtzeitig auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen einstellen und Konzepte für das künftige

Handeln entwickeln. Mit dem Programm Hannover plusZehn wollen wir Hannover als junge Stadt präsentieren, die Innovationen fördert und auf bürgerschaftliches Engagement setzt.

Junge Stadt: Eine Provokation?

Der Begriff junge Stadt kann angesichts des demografischen Wandels als provokant empfunden werden. Der Altersdurchschnitt der Bevölkerung steigt, aber die Stadt soll jung bleiben. Dies ist kein Widerspruch. Städte, die jungen Menschen, Kindern, Familien, Studierenden und Auszubildenden keine Perspektiven bieten, werden sich nicht positiv entwickeln. Der wachsende Anteil älterer Menschen an der Stadtgesellschaft darf keinesfalls einseitig als Belastung interpretiert werden. Die Stadtpolitik wird auch künftig die Bedürfnisse älterer Menschen in den verschiedenen Altersphasen berücksichtigen und die Ressourcen älterer Menschen für eine positive Stadtentwicklung nutzen.

Stadtpolitik für Kinder

In der jungen Stadt steht das Leben mit Kindern im Mittelpunkt, dabei wird ein Schwerpunkt bei Bildung und Betreuung gesetzt. So verbessern sich für Mütter und Väter die Möglichkeiten, Familie und Beruf zu verbinden. Wir verfügen in Hannover bereits über ein gutes Betreuungsnetz, das wir insbesondere im Bereich der Ganztagsbetreuung erweitern wollen. Auch das Angebot der Krippen- und Krabbelplätze soll erweitert werden. Eine kinderfreundliche Großstadt nimmt Eltern viel von der Motivation, in Umlandgemeinden zu ziehen. Familien mit Kindern, aber auch ältere Menschen schätzen die Stadt der kurzen Wege mit attraktiven

Stadtplätzen, guten Einkaufsmöglichkeiten und öffentlichen Einrichtungen in lebendigen Stadtteilen. Zu einem familienfreundlichen Wohnumfeld gehören natürlich auch sichere und saubere öffentliche Räume.

Herausforderung Integration

Den großen Städten fällt traditionell die Aufgabe der Integration von Menschen mit unterschiedlichen religiösen, ethnischen und kulturellen Prägungen zu. In der gewollten Vielfalt müssen wir uns jedoch an einem für alle Einwohnerinnen und Einwohner geltenden Grundkonsens orientieren. Zu diesem gehört, dass Menschen, die hier länger leben wollen, die deutsche Sprache beherrschen.

Eine große Zahl von Kindern wächst in Familien auf, in denen die Eltern oder Großeltern aus anderen Staaten zugewandert sind. Soll die Integration dieser Kinder in unsere Stadtgesellschaft gelingen, dann brauchen sie eine gute Bildung und tragfähige berufliche Perspektiven.

Wir wollen möglichst viele Menschen in unserer Stadt für das bürgerschaftliche Engagement gewinnen. Die besten Anknüpfungspunkte für die Übernahme von Verantwortung für das Gemeinwesen in Vereinen, Verbänden und Initiativen sehen wir in den Stadtteilen. Diesen Einsatz wollen wir nicht nur durch die gezielte Unterstützung und Anerkennung fördern. Die Menschen sollen stärker an Entscheidungsprozessen in ihrem Umfeld beteiligt werden. Dies gilt auch für Kinder und Jugendliche, bei denen wir für eine demokratische Mitgestaltung werben müssen.

Klima der Innovation und Weltoffenheit

Die Innovationskraft einer Stadt bestimmen die örtlichen Unternehmen, die Institutionen, Verbände, Vereine und letztlich jede und jeder Einzelne.

Innovative Menschen an ihre Stadt zu binden und ein Klima der Innovation zu fördern, zählt zu den wichtigsten Aufgaben der Stadtpolitik. Eine entscheidende Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Qualität der wissenschaftlichen Einrichtungen und ihre Verbindung zur Wirtschaft und den öffentlichen Verwaltungen.

An den verschiedenen Hochschulen und Fachhochschulen in unserer Stadt studieren etwa 38.000 Frauen und Männer. Wir wollen, dass sich auch künftig viele Studierende für Hannover als Studienort und nach Abschluss der Ausbildung auch als Wohnort entscheiden. Dafür brauchen junge Menschen Chancen auf einen Arbeitsplatz, Möglichkeiten der beruflichen Weiterentwicklung oder Erfolg versprechende Perspektiven für einen Weg in die Selbstständigkeit. Natürlich spielt hier auch die urbane Lebensqualität, das Kulturangebot und das von vielen Faktoren bestimmte Flair der Stadt eine Rolle.

Wir müssen uns als Messestandort von Weltrang, als Stadt mit international tätigen Unternehmen und als attraktives Tourismusziel behaupten. Die Landeshauptstadt Hannover ist die mit Abstand größte Stadt Niedersachsens und treibende Kraft bei der Entwicklung des Raums Hannover-Braunschweig-Göttingen zur Metropolregion von europäischer Bedeutung. Wir engagieren uns als Stadt in internationalen Projekten und nehmen die europäische Einigung als Herausforderung an.

Unsere Stadt verfügt mit hannoverimpuls über eine beispielhafte Wirtschaftsinitiative, die die Entwicklung innovativer Branchen und Unternehmen fördert. Wer sich in Hannover eine Existenz aufbaut, wer Arbeitsplätze sichert und neue schafft, kann auf städtische Unterstützung zählen.

Wir besitzen die Chance, Hannover als Standort für internationale und nationale Großereignisse weiter zu profilieren. Zur Innovationskraft einer Stadt zählt auch die Fähigkeit, Großereignisse wie die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 für eine langfristige Stärkung der Wirtschaftskraft zu nutzen.

Handlungsfähigkeit sichern

Natürlich müssen wir bei der Entwicklung und Umsetzung unserer Stadtpolitik die Rahmenbedingungen, das heißt

in erster Linie die angespannte Finanzlage, beachten. Mit dem fünften Programm zur Konsolidierung des Stadthaushaltes haben wir uns ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Wir wollen erreichen, dass der Haushalt jahresbezogen wieder ausgeglichen ist. Der Erfolg hängt jedoch nicht allein von städtischen Anstrengungen ab, sondern insbesondere auch vom Verhalten des Bundes und des Landes sowie der Region Hannover.

Auch wenn der jährliche Etatausgleich gelingt, werden wir weiterhin über viel zu geringe Mittel für den Erhalt und Ausbau der städtischen Infrastruktur verfügen. Die Haushaltslage und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zwingen uns zur Konzentration auf die wichtigsten Aufgaben und die zeitnahe Anpassung an gesellschaftliche Veränderungen. Wir haben bei der Entwicklung von Hannover plusZehn die strikte Vorgabe der Finanzierbarkeit eingehalten. Wenn wir für neue Aufgaben Finanzmittel benötigen, dann werden wir sie an anderer Stelle einsparen müssen. Vorschläge, die keine realistische Finanzierungsperspektive bieten, finden ebenso wenig Eingang in das Programm wie Maßnahmen, die zu mehr Bürokratie führen würden. Gleichzeitig halten wir uns Wege offen, über neue Finanzierungsmodelle und die Kooperation mit der Wirtschaft zukunftsweisende Projekte zu realisieren. Wir wollen die interkommunale Zusammenarbeit in der Region Hannover weiter entwickeln und durch die Realisierung von gemeinsamen Projekten in der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen den niedersächsischen Kernraum stärken.

Einladung zur Zusammenarbeit

Wie sich die Städte und Regionen in Deutschland und in der Europäischen Union in den nächsten zehn Jahren entwickeln werden, das kann heute niemand verlässlich prognostizieren. Gewissheit herrscht jedoch darüber, dass der Standortwettbewerb an Schärfe zunehmen wird. Ich bin überzeugt, Hannover besitzt gute Chancen. Wir müssen unsere Potenziale besser als andere Städte nutzen und schneller auf veränderte Rahmenbedingungen reagieren.

Über den Erfolg entscheidet letztlich auch unsere Fähigkeit, möglichst viele Menschen für eine Mitarbeit zu gewinnen. Hannover plusZehn bietet Raum für Kooperation und offene Diskussionen.



Herbert Schmalstieg
Oberbürgermeister

Herausforderung des demografischen Wandels für Hannover

Daten - Trends - Perspektiven

Junge Stadt in einer alternden Gesellschaft

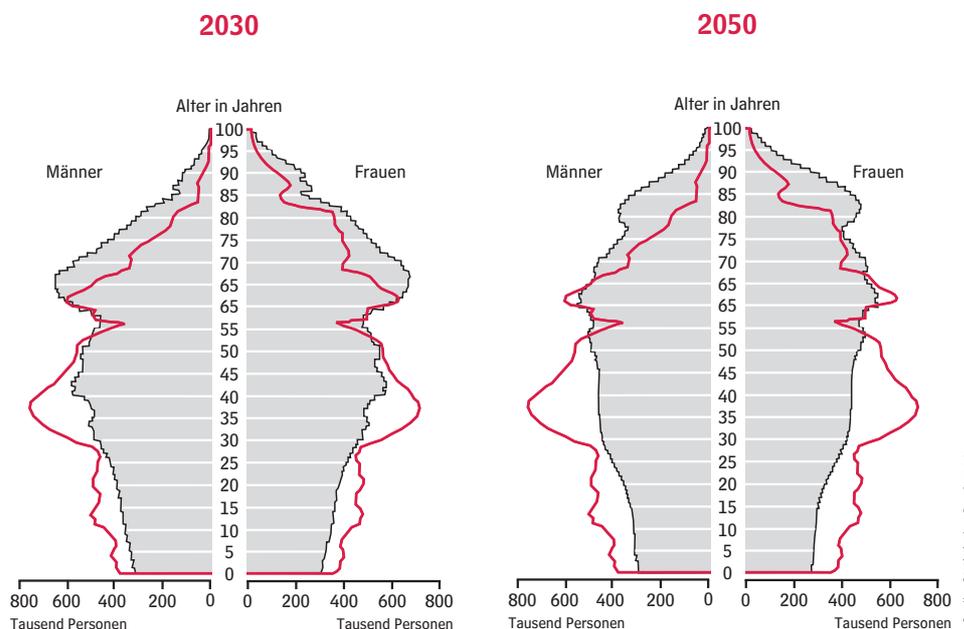
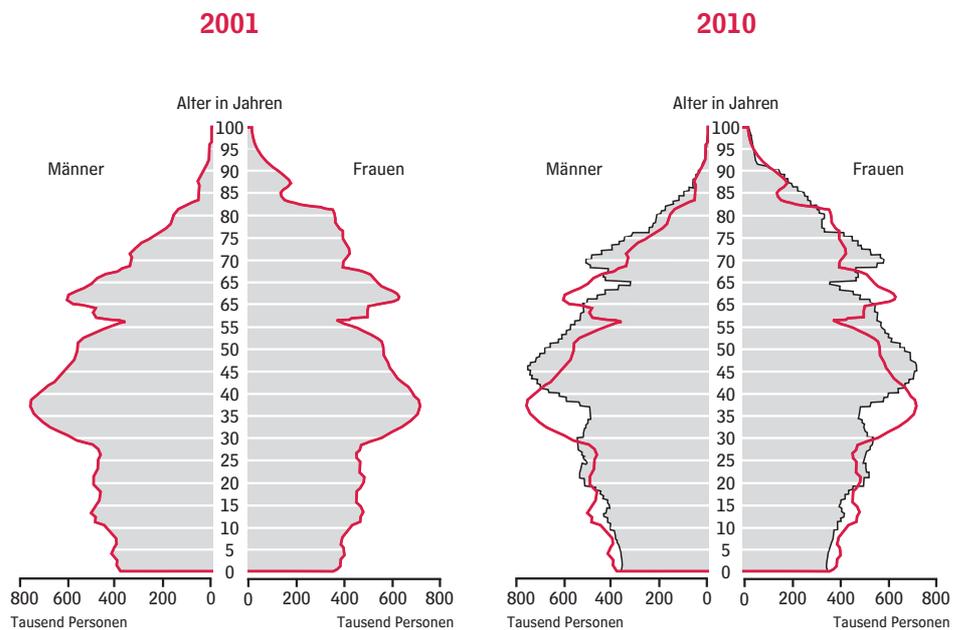
Daten – Trends - Perspektiven

In den nächsten Jahrzehnten ist in Deutschland von einem kontinuierlichen Bevölkerungsrückgang auszugehen. Unter gleich bleibenden Bedingungen wird die EinwohnerInnenzahl der Bundesrepublik von derzeit 82 Millionen auf höchstens 70 Millionen im Jahr 2050 schrumpfen. Der Bevölkerungsrückgang geht einher mit zunehmender Alterung, Kinderlosigkeit und Individualisierung der Gesellschaft. Bis 2050 wird der Anteil der Bevölkerung, der älter als 60 Jahre ist, deutlich zunehmen.

Diese Entwicklung wird natürlich auch in Hannover zu spüren sein.

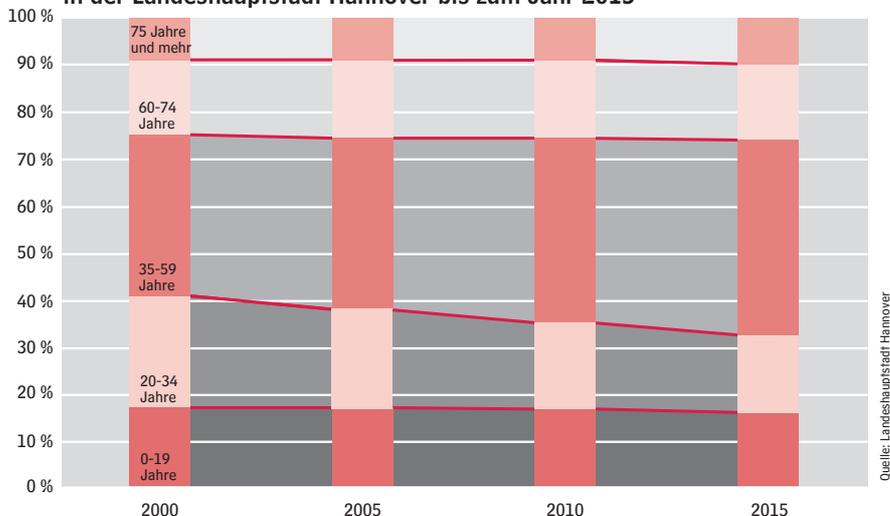
Wenn kein gegenläufiger Trend eingeleitet werden kann, ist damit zu rechnen, dass die EinwohnerInnenzahl in der Stadt von 506.000 im Jahr 2000 bis zum Jahr 2015 auf etwa 487.000 zurückgeht. Innerhalb des Stadtgebiets können in den nächsten Jahren die Entwicklungen sehr unterschiedlich verlaufen. Es muss sowohl mit noch wachsenden wie stagnierenden und auch schrumpfenden Stadtteilen gerechnet werden. Durch den Geburtenrückgang nimmt die Zahl junger Menschen ab, die Zahl der Bevölkerung in den mittleren Altersgruppen steigt entsprechend an. Bis zum Jahr 2010 werden in Hannover etwa zehn Prozent weniger Kinder unter zehn Jahren leben als heute. Im Jahr 2015 hat sich ihre Zahl dann um weitere acht Prozent verringert.

Prognosen zur Entwicklung des Altersaufbaus der Bevölkerung in Deutschland bis 2050



Für das Umland ergibt sich noch ein Anstieg der EinwohnerInnenzahl von 601.000 auf rund 638.000. Dies deckt sich mit einer deutschlandweiten Entwicklung, nach der viele Bewohnerinnen und Bewohner die Kernstädte verlassen und auch Menschen aus ländlichen Regionen vermehrt in die Umlandgemeinden von Großstädten ziehen. Der Fortzug aus Großstädten erfolgt vorrangig von Familien mit Kindern. Der EinwohnerInnenverlust der Großstädte reduziert nicht nur das Steueraufkommen, sondern führt auch zur ungenügenden Auslastung vorhandener Infrastrukturen.

Voraussichtliche Entwicklung des Altersaufbaus in der Landeshauptstadt Hannover bis zum Jahr 2015

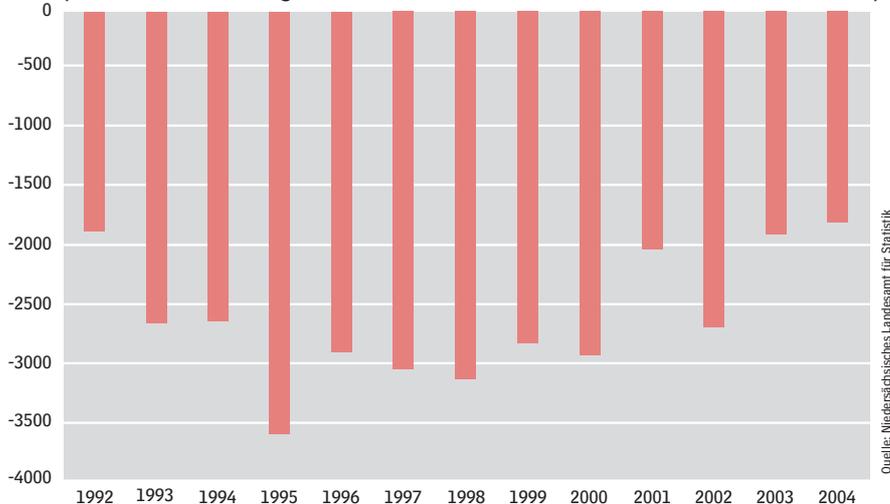


Integration von ZuwanderInnen

In Deutschland leben derzeit 6,7 Millionen Ausländerinnen und Ausländer, rund 4,5 Millionen Menschen zählen zur Bevölkerungsgruppe der Aussiedlerinnen und Aussiedler und ungefähr 1,3 Millionen Menschen wurden in jüngerer Vergangenheit eingebürgert. Insgesamt haben mehr als vierzehn Millionen Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund. Dazu zählen auch 1,5 Millionen Kinder mit einem ausländischen Elternteil. In Hannover leben 117.360 Menschen (Stand 1.1.2005), die keine deutsche Staatsbürgerschaft haben oder neben der deutschen noch eine weitere Staatsbürgerschaft besitzen. Das sind 23 Prozent der hannoverschen Bevölkerung. Im Jahr 2004 wurden in Hannover 1894 Ausländerinnen und Ausländer eingebürgert.

Wanderungsverluste der Landeshauptstadt Hannover gegenüber dem Umland

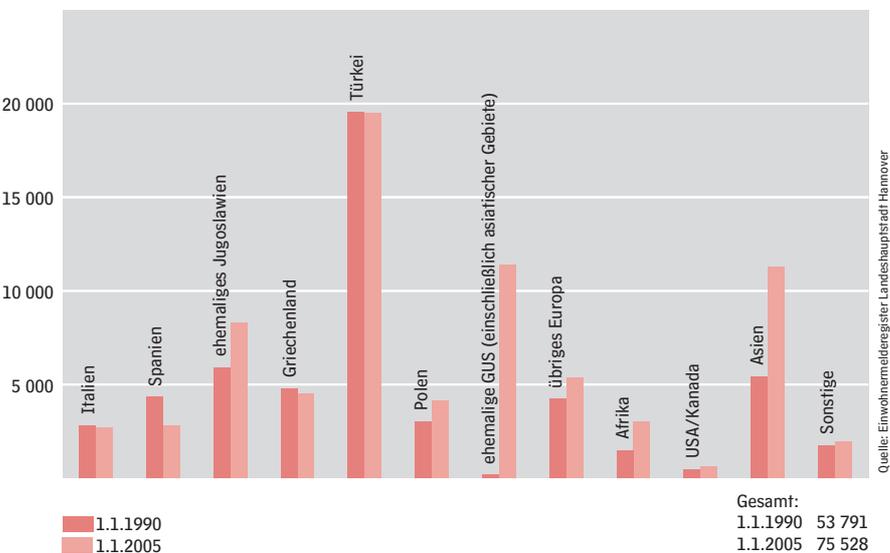
(Saldo der Zu- und Fortzüge von Einwohnerinnen und Einwohnern in den Jahren 1992 bis 2004)



Die Zuwanderung von AussiedlerInnen und Flüchtlingen hat in den vergangenen Jahren deutlich abgenommen. Eine gravierende Veränderung der Zuwanderungssituation ist derzeit nicht zu erwarten.

Die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund trägt deutlich zur Verjüngung der Stadt bei. Unter den heute Neugeborenen in Hannover haben bereits 40 Prozent einen Migrationshinter-

Einwohnerinnen und Einwohner ohne deutsche Staatsbürgerschaft in der Landeshauptstadt Hannover. Darstellung nach Nationen oder Nationengruppen



grund. Zudem verlässt eine größere Zahl von Migrantinnen und Migranten im Alter Hannover. Es gibt also - im Gegensatz zur deutschen Bevölkerung - einen erheblichen Geburtenüberschuss bei Menschen mit Migrationshintergrund.

In Hannover verlässt jeder fünfte nichtdeutsche Schüler die Schule ohne Schulabschluss. Die Förderung dieser Kinder und Jugendlichen, die oft große Defizite bei der Beherrschung der deutschen Sprache aufweisen, stellt für das lokale Bildungssystem eine besondere Herausforderung dar.

Sozialer Zusammenhalt

Der soziale Zusammenhalt der Stadtgesellschaften steht vor großen Herausforderungen: Die Einkommensunterschiede vergrößern sich, die ethnische Zusammensetzung der Städte wird vielfältiger, eine wachsende Zahl der Bevölkerung ist auf soziale Transferleistungen angewiesen. Die Möglichkeiten zur Steuerung der sozialräumlichen Entwicklung nehmen ab.

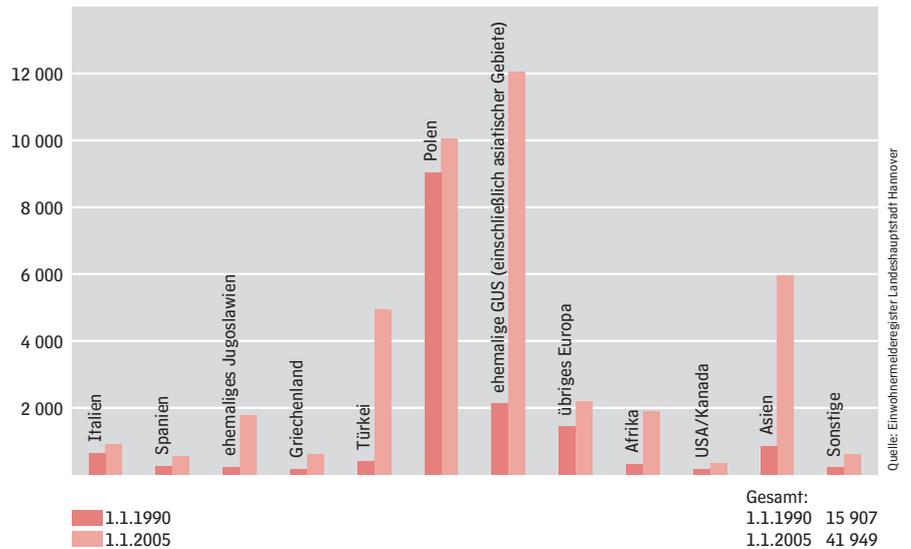
Die steigende Zahl von Kindern, die in ökonomisch prekären Familienverhältnissen aufwachsen müssen, benötigt besondere Aufmerksamkeit.

Knapp acht Prozent der Bevölkerung haben am 31.12.2004 Leistungen aus der Hilfe zum Lebensunterhalt bekommen, bei den Kindern unter sechs Jahren ist es jedes fünfte Kind. Familien mit Kindern sind besonders von Armut betroffen. Bereits 37 Prozent der Kinder mit Migrationshintergrund erhielten Ende 2004 Hilfe zum Lebensunterhalt.

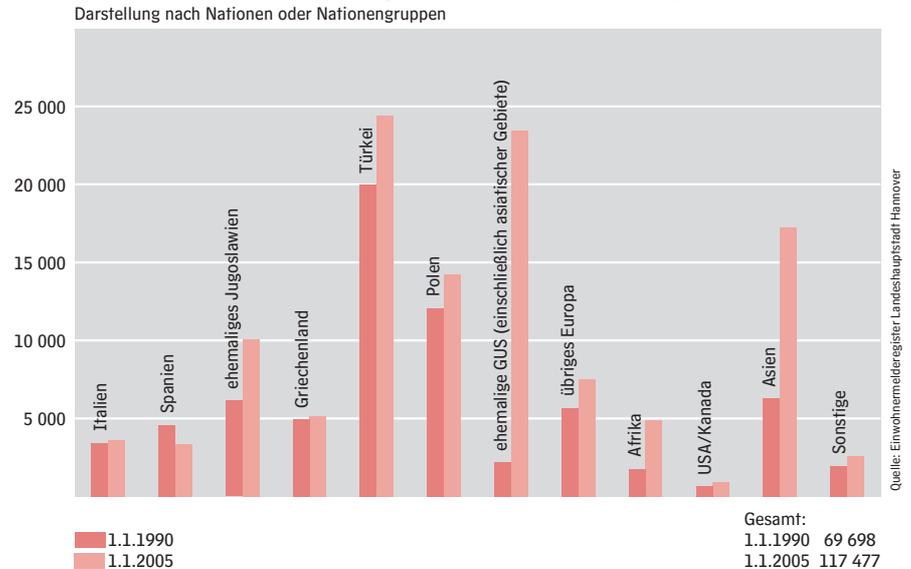
Der Anteil an arbeitslosen Ausländerinnen und Ausländern im erwerbsfähigen Alter in Hannover betrug am 31.12.2004 in Hannover 17 Prozent. Dagegen waren nur neun Prozent der Deutschen im erwerbsfähigen Alter arbeitslos.

Die Stadtteile entwickeln sich unterschiedlich: Der Anteil der Leis-

Einwohnerinnen und Einwohner mit der deutschen und einer weiteren Staatsbürgerschaft in der Landeshauptstadt Hannover. Darstellung nach Nationen oder Nationengruppen



Gesamtzahl nichtdeutscher und deutscher Einwohnerinnen und Einwohner mit einer weiteren Staatsbürgerschaft in der Landeshauptstadt Hannover. Darstellung nach Nationen oder Nationengruppen



Deutsche und nichtdeutsche Schulabgänger nach Schulabschluss im Jahr 2003

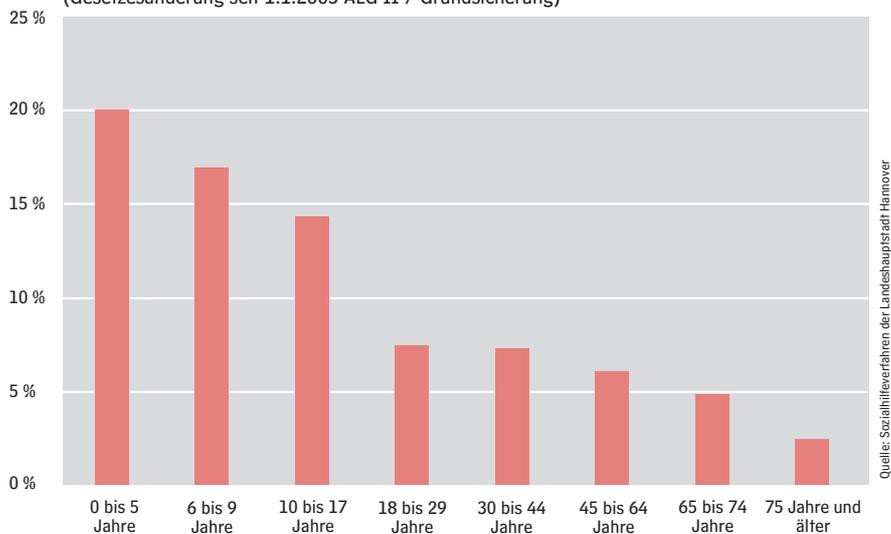


tungsempfängerinnen und Leistungsempfänger in der Sozialhilfe reicht von weniger als einem Prozent (z.B. in Waldhausen, Isernhagen-Süd und Wülferode) bis zu gut 20 Prozent in Mühlenberg, die Wohnflächenversorgung von 33 Quadratmeter je Einwohner (Stöcken) bis zu 63 Quadratmeter (Isernhagen-Süd).

Dadurch verstärkt sich die Segregation, und es entstehen Orte der sozialen Ausgrenzung. Vielfach ist diese Entwicklung überlagert von ethnischer Segregation. Das Entstehen von Sackgassen der sozialen Mobilität würde eine dauerhafte Benachteiligung insbesondere von Jugendlichen und ethnischen Minderheiten bedeuten.

Anteil der Bezieherinnen und Bezieher von Hilfe zum Lebensunterhalt (Sozialhilfe) nach Altergruppen in der Landeshauptstadt Hannover im Jahr 2004

(Gesetzesänderung seit 1.1.2005 ALG II / Grundsicherung)

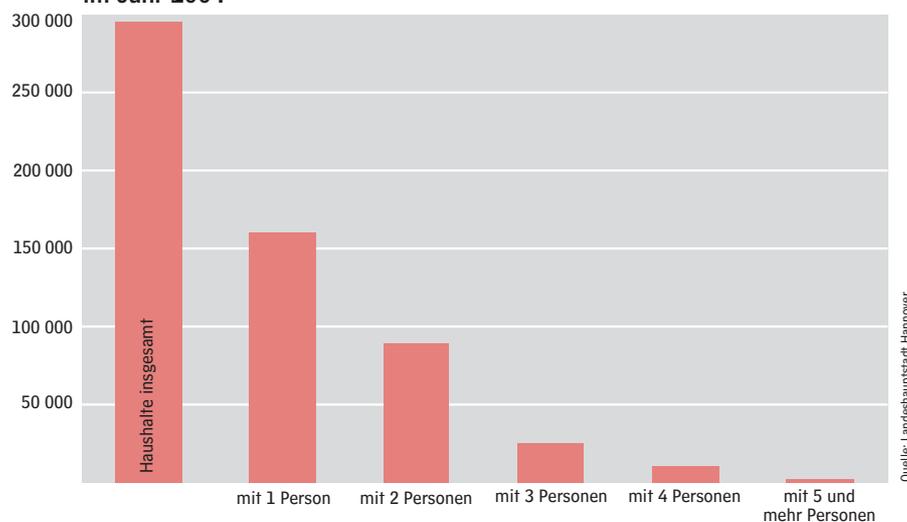


Individualisierung

Der traditionelle Kleinfamilienhaushalt wird nur noch eine Minderheit ausmachen. Mit zunehmender Vielfalt von Haushaltstypen und Lebensformen werden die Anforderungen an Wohnung, Stadtteil, Siedlung und Region differenzierter.

Mehr als die Hälfte der Haushalte in Hannover sind Singlehaushalte.

Privat Haushalte in der Landeshauptstadt Hannover nach Haushaltsgröße im Jahr 2004



Junge Stadt in einer alternden Gesellschaft

Die Lebensphase Alter wächst kontinuierlich an. Die durchschnittliche Lebenserwartung ist seit 1950 weltweit um 20 Jahre gestiegen und wird sich bis 2050 voraussichtlich um weitere zehn Jahre erhöhen. Diese Entwicklung wird sich aller Voraussicht nach fortsetzen. Das Statistische Bundesamt geht für Deutschland davon aus, dass der Anteil der ab 60-Jährigen von heute unter 25 Prozent bis zum Jahr 2050 auf deutlich über 30 Prozent ansteigen wird. Der Anteil der Hochaltrigen, der ab 80-Jährigen, soll sich im gleichen Zeitraum von derzeit vier Prozent der Bevölkerung sogar verdreifachen.

Während in den nächsten Jahren nur eine geringe Verschiebung der Altersstruktur bei stagnierender Geburtenrate und steigender Lebenserwartung zu erwarten ist, wird ab dem Jahr 2010 mit einer Beschleunigung der Alterung der Gesellschaft gerechnet. Diese Entwicklungen werden in den verschiedenen Regionen vermutlich sehr unterschiedlich verlaufen und lassen sich für einzelne Städte über einen längeren Zeitraum nicht exakt vorhersagen.

Ein Viertel der in Hannover lebenden Menschen ist älter als 60 Jahre. Während die Zahl älterer Menschen in der Landeshauptstadt insgesamt geringfügig zurückgehen wird, wächst in den Umlandgemeinden diese Bevölkerungsgruppe. Sollte sich die EinwohnerInnenzahl der Stadt Hannover rückläufig entwickeln, steigt trotz der abnehmenden Zahl der älteren Menschen deren Anteil an der Stadtbevölkerung. Im Jahr 2010 werden in Hannover voraussichtlich 123.000 Menschen mit einem Lebensalter höher als 60 leben. Für die nächsten Jahre zeichnet sich insbesondere ein Anwachsen der Gruppe der über 70-jährigen Menschen ab. Die Altersstruktur in den verschiedenen Stadtbezirken variiert zwischen etwa 18 Prozent in Linden-Limmer und etwa 28 Prozent in Döhren-Wülfel.

Der wachsende Anteil älterer Menschen an der Stadtgesellschaft darf keinesfalls einseitig als Belastung interpretiert werden. Vielmehr kommt es darauf an, die Stadtpolitik auch an den Bedürfnissen der Menschen in den verschiedenen Altersphasen auszurichten und die Ressourcen älterer Menschen für eine positive Stadtentwicklung zu nutzen.

Ältere Menschen leben mehr Jahre in Gesundheit als früher, so weisen die 70-Jährigen von heute einen Gesundheitszustand auf, der dem der 65-Jährigen vor 30 Jahren entspricht. Dieses Phänomen und der Trend zum vorzeitigen Ausscheiden aus dem Erwerbsleben haben zu einer starken Veränderung des Altersbegriffes in der Gesellschaft geführt. Viele alte Menschen fühlen sich jünger und genießen eine verlängerte „Lebensphase ohne Pflichten“. Eine größere Gruppe von alten Menschen ist zudem derzeit wirtschaftlich überdurchschnittlich gut gestellt.

Der positiven Wahrnehmung von Alter stehen aber auch negative Entwicklungen gegenüber. Dazu gehören eine



als Zwang empfundene Ausgliederung aus dem Arbeitsleben, der Trend zur Singularisierung sowie veränderte Lebensumstände wie Krankheit, Hilfe- und Pflegebedürftigkeit.

Im Übrigen ist eine Veränderung der ökonomischen Rahmenbedingungen zu beobachten, die sich auch auf den Zeitpunkt und die Bedingungen des Eintritts in den Rentenbezug auswirkt.



Handlungsbedarf der Stadtpolitik:

Alte Menschen wünschen sich Wohn- und Lebensformen, die den Bedürfnissen nach Individualität und Häuslichkeit mehr Rechnung tragen. Vorherrschend ist der Wunsch, möglichst auch im Alter in der vertrauten Wohnung verbleiben zu können. Die kommunale Altenpolitik muss ihren Beitrag dazu leisten, Wohn- und Pflegeformen so zu gestalten, dass sich

ältere Menschen auch bei Hilfe- und Pflegebedürftigkeit ein hohes Maß an Eigenständigkeit erhalten können. Dazu gehört die Verankerung der Wohn- und Hilfsangebote für ältere und pflegebedürftige Menschen im normalen Wohnungsbau und im vertrauten Stadtquartier.

Wohn- und pflegebegleitende Hilfen sowie soziale Dienstleistungen wie ambulante Dienste können eine stärker selbstbestimmte Lebensführung und den Verbleib in der eigenen Wohnung unterstützen. Aus diesen Gründen ist eine Weiterentwicklung dieser Angebote sinnvoll, auch im Bereich des ehrenamtlichen Engagements.

Stadtpolitik muss aber auch Impulse zur Entwicklung einer Infrastruktur verschiedenster Dienstleistungen liefern. Dazu gehören angemessene Möglichkeiten für den Einkauf, dabei insbesondere der Grundnahrungsmittel, Verfügbarkeit weiterer Alltagsdienstleistungen und die Teilhabe an kulturellen Veranstaltungen.

In den vergangenen Jahren haben sich auch in Hannover neue Wohnformen wie Hausgemeinschaften von alten Menschen und generationsübergreifendes Wohnen entwickelt. Diese Projekte wirken der sozialen Isolation von alten Menschen entgegen. Die städtische Altenpolitik setzt sich für den Ausbau von kleinräumigen Wohn- und Betreuungsformen im Quartier ein. Die sinnvolle Gestaltung eines individuellen Angebotes aus Leistungen der Pflegeversicherung mit anderen Bereichen soll für die Hilfsbedürftigen Prävention, Pflege, Rehabilitation und soziale Begleitung - auch in der eigenen Wohnung - absichern. Es muss ein differenziertes Angebot für unterschiedliche Zielgruppen zur Verfügung stehen. Angesichts der wachsenden Zahl der Migrantinnen und Migranten im Seniorenalter wird der interkulturellen Öffnung der Institutionen der Altenhilfe mehr Bedeutung zukommen.

Die zunehmende Zahl Hochaltriger stellt die Altenhilfe vor neue Herausforderungen. Um Hilfe- und Pflegebedürftigen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, müssen sich die Altenhilfestrukturen eng an den Wünschen und Bedürfnissen älterer Menschen orientieren. Für Demenzkranke - deren Zahl in der Region Hannover bis 2010 auf nahezu 17.000 Menschen ansteigen könnte - und ihre Angehörigen wird ein ausreichendes Beratungs- und Versorgungsangebot benötigt.

Besondere Gender-Aspekte

Das zahlenmäßige Geschlechterverhältnis im hohen Alter bleibt unausgeglichen. Trotz der etwas stärkeren Angleichung wird bis weit in das nächste Jahrhundert in den älteren Bevölkerungsgruppen die Zahl der Frauen deutlich höher sein als die der Männer.

Übergeordnete Politikkonzepte und Hannover plusZehn

Bei der Entwicklung grundlegender kommunalpolitischer Programme stellen sich zwei besondere Aufgaben: Erstens muss der städtische Handlungsspielraum möglichst präzise definiert und zweitens sollten die kommunalen Konzepte mit den gültigen übergeordneten Politikstrategien sowohl auf der städtischen als auch der nationalen und europäischen Ebene abgeglichen werden. Die Definition des eigenen Handlungsspielraumes dient nicht nur dem Schutz

vor überzogenen Erwartungshaltungen, sondern vorrangig der praxismässigen Zielentwicklung und Maßnahmengestaltung. Die Beachtung übergeordneter städtischer Politikkonzepte und Zielsetzungen soll zur Konsistenz lokalen Handelns beitragen. Der Abgleich mit nationalen und europäischen Politikstrategien bietet inhaltliche Orientierung bei der grundsätzlichen Ausrichtung der städtischen Handlungskonzepte.

Gleichstellung der Geschlechter

Die Landeshauptstadt Hannover verfolgt eine Politik, die Frauen und Männern gleiche Chancen und Rechte einräumt. In der Praxis bedeutet dies sowohl gezielte Frauenförderung als auch die Beachtung der geschlechtsspezifischen Auswirkungen kommunalpolitischer Entscheidungen. In diesem Sinne wurden in dem Papier Hannover plusZehn die Zieldefinitionen und die Maßnahmenentwicklungen hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Gleich-

stellung von Frauen und Männern bewertet. Am Ende eines Pluspunktes werden jeweils besondere „Gender-Aspekte“ benannt. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit finden dort hervorgehobene und beispielhafte Punkte Erwähnung. Vorrangig handelt es sich dabei um frauenspezifische Maßnahmen als Reaktion auf offensichtliche geschlechtsspezifische Unterschiede, die zu Lasten von Frauen oder Mädchen wirken.

Aalborg-Commitments - Zukunftsbeständige Stadtentwicklung

Durch die Unterzeichnungen der Aalborg-Charta im Jahr 1995, dem Hannover-Aufruf der europäischen Bürgermeister im Jahr 2000 und der Aalborg-Commitments im Jahr 2004 hat sich die Landeshauptstadt Hannover wie viele andere europäische Großstädte den Zielen einer zukunftsbeständigen Stadtpolitik verpflichtet. In den Aalborg-Commitments werden in zehn Politikfeldern Ziele und Arbeitsaufträge formuliert. Sie orientieren sich am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung und umfassen die Bereiche der lokalen Demokratie, den Schutz der natürlichen Gemeinschaftsgüter, soziale Gerechtigkeit, verantwortungsvoller Konsum und verantwortungsvolle Lebensweise, Stadtplanung und Stadtentwicklung, verbesserte Mobilität,

gesundheitsfördernde Maßnahmen, Wirtschaftsförderung, zukunftsbeständige lokale Wirtschaft und die globale Verantwortung lokalen Handelns.

Bei der Entwicklung der Ziele und Maßnahmen von Hannover plusZehn wurden die Aalborg-Commitments beachtet. Besondere Bezüge zu den einzelnen Verpflichtungen werden am Ende jedes Pluspunktes benannt. Die vollständige Fassung der Aalborg-Commitments befindet sich in der Anlage.

Nähere Informationen sind unter www.aalborgplus10.dk oder bei der Geschäftsstelle Hannover Strategie und unter www.hannover-pluszehn.de abrufbar.

Deklaration von Barcelona - Stadtpolitik für behinderte Menschen

Die Landeshauptstadt Hannover ist im Jahr 2005 der Deklaration von Barcelona - Die Stadt und die behinderten Menschen beigetreten. Die Erklärung wurde anlässlich des Europäischen Kongresses „Die Stadt und die Behinderten“ im März 1995 in Barcelona verfasst und soll als Leitbild für das kommunale Handeln dienen. Gegenwärtig leben mehr als 54.000 Menschen mit Behinderungen in Hannover. Die Deklaration von Barcelona bietet eine Plattform, die Belange von behinderten Menschen stärker in die Öffentlichkeit zu tragen und in politischen Entscheidungsprozessen zu berücksichtigen. Im Mittelpunkt stehen dabei Gleichstellung, gesellschaftliche

Teilhabe und Selbstbestimmung sowie Barrierefreiheit in umfassender Bedeutung für die Lebenssituation behinderter Menschen. Die Zugangsmöglichkeiten von Behinderten, nicht nur zu Gebäuden und anderen baulichen Anlagen, sondern ebenso zu Mobilitäts-, Kultur- und Bildungsangeboten und zum Arbeitsmarkt sollen verbessert werden.

Bei der Entwicklung der Ziele und Maßnahmen von Hannover plusZehn wurde die Deklaration von Barcelona beachtet. Besondere Bezüge ergeben sich in folgenden Plus-Themen:

- Plus 1: Hannover setzt auf bürgerschaftliches Engagement und lebendige Stadtteile
- Förderung von Selbsthilfegruppen und Selbsthilfeinitiativen im Rahmen ihrer Zuständigkeit.
- Plus 2: Hannover investiert in Bildung und Kinder
- Integration von behinderten Kindern in Kindergärten und Schulen.
- Plus 3: Hannover fördert die Integration
- Förderung des Behindertensports.
- Plus 4: Hannover schafft familienfreundliches Wohnen
- Barrierefreie bauliche Gestaltung öffentlicher Anlagen und Gebäude.
 - Behindertengerechte Gestaltung und Planung des öffentlichen Nahverkehrs.
- Plus 8: Hannover l(i)ebt Stadtkultur
- Barrierefreie bauliche Gestaltung öffentlicher Anlagen und Gebäude.
- Auszüge aus der Deklaration von Barcelona befinden sich in der Anlage.



Nachhaltigkeitsstrategie - Perspektiven für Deutschland

Die Bundesregierung hat im Jahr 2002 unter der Überschrift „Perspektiven für Deutschland“ die nationale Strategie für eine nachhaltige Entwicklung beschlossen. Sie dient als Handlungsanleitung für eine zukunftsfähige Politik, um der generationenübergreifenden Verantwortung für eine ökonomisch, ökologisch und sozial tragfähige Entwicklung gerecht zu werden. Mit 21 Zielen und Indikatoren zeigt die Nachhaltigkeitsstrategie Perspektiven für eine zukunftsfähige Entwicklung Deutschlands auf. Bei der Entwicklung von Zielen und Maßnahmen von

Hannover plusZehn besitzen die in der Nachhaltigkeitsstrategie behandelten Themen Innovation, Bildung, Perspektiven für Familien und die Integration von Migrantinnen und Migranten eine besondere Relevanz. Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie bietet für die stadtpolitische Planung gute Orientierungshilfen.

Nähere Informationen zur Nachhaltigkeitsstrategie „Perspektiven für Deutschland“ sind unter www.bundesregierung.de oder bei der Geschäftsstelle Hannover Strategie und unter www.hannover-pluszehn.de abrufbar.

Lissabon-Strategie - Europa wettbewerbsfähiger machen

In der Europäischen Union gilt die Lissabon-Strategie, die 1999 vom Europäischen Rat beschlossen wurde, als wesentliche Leitlinie des politischen Handelns. Insbesondere die Vision, die EU bis zum Jahr 2010 zum dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu entwickeln, hat der Lissabon-Strategie Aufmerksamkeit verschafft. Da bei der Umsetzung der Lissabon-Strategie bisher nur mäßige Erfolge verzeichnet werden konnten, ist bei einer Zwischenbewertung im Jahr 2005 die ambitionierte Zielsetzung relativiert

worden. Das Lissabon-Paket besteht aus 28 Haupt- und 120 untergeordneten Zielen, wobei insgesamt 117 verschiedene Indikatoren zur Anwendung kommen. Als Orientierungspunkte für städtisches Handeln im Rahmen von Hannover plusZehn können insbesondere die Ansätze zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation sowie die Stärkung des sozialen Zusammenhalts dienen.

Nähere Informationen zur Lissabon-Strategie sind unter www.europa.eu.int/growthandjobs/ oder bei der Geschäftsstelle Hannover Strategie und unter www.hannover-pluszehn.de abrufbar.

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Erobert das Rathaus - Ideen und Projekte zur Stadt von morgen



Welche Ideen und Vorschläge haben Kinder und Jugendliche für ein junges und innovatives Hannover? Mit dieser Frage hat die Landeshauptstadt Hannover im Rahmen der Diskussion um die künftige Stadtpolitik zu einem Wettbewerb aufgerufen.

Unter dem Motto „Erobert das Rathaus - Ideen und Projekte zur Stadt von morgen“ beteiligten sich Kinder- und Jugendgruppen sowie mehrere Schulklassen. Sie haben insgesamt 35 verschiedene Vorschläge eingereicht, die mit Fotos, Collagen, Modellen, Filmen und Drehbüchern methodisch vielfältig und kreativ aufbereitet wurden. Ein großer Teil der Beiträge behandelt „ganzheitlich“ die Aufgabe der Stadt(teil)entwicklung. Andere Beiträge konzentrierten sich auf die Beschreibung spezifischer, „innovativer“ Projekte.

Im Mittelpunkt der Wettbewerbsbeiträge stehen Vorschläge für eine bessere Gestaltung des Wohnumfeldes für Kinder und Jugendliche. Es werden mehr Naturspiel- und Abenteuerspielplätze gefordert, Häuser sollen bunter und Straßen und Plätze sauberer und sicherer sein. Auch für die Innenstadt werden Spiel- und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche gewünscht. Schulhöfe sollen attraktiver gestaltet werden und Schulgebäude auch nach dem Unterricht für den außerschulischen Freizeitbereich zur Verfügung stehen.

Die bisherigen Freizeitangebote wurden in den Wettbewerbsbeiträgen kritisch unter die Lupe genommen und einzelne Jugendangebote getestet. So sollte es im Jugendzentrum von morgen die Möglichkeit geben, eine Berufsorientierung zu erhalten und Musikinstrumente sowie neue Sportarten zu lernen. Außerdem soll verhindert werden, dass junge Menschen einzeln oder als Gruppen ausgegrenzt werden.

Die Verständigung von unterschiedlichen Kulturen und Generationen in Hannover war das zentrale Anliegen mehrerer Wettbewerbsbeiträge. Mit verschiedenen Aktionen gegen Rassismus, mit einem Fest der Kulturen am Kröpcke oder auch mehr ausländischen Filmen im Kino wollen die Kinder und Jugendlichen das tolerante und weltoffene Hannover fördern. Schülerinnen und Schüler, wie die „Goethescouts“, kümmern sich um Menschen, die neu in die Stadt gezogen sind. Vorurteile gegenüber einzelnen Stadtteilen sollen durch Freizeitaktivitäten und Kulturveranstaltungen abgebaut werden. Und das Miteinander der Generationen wird durch eine besondere Internet-Website unter dem Motto „Jung hilft @It“ gefördert.

Die Wettbewerbsbeiträge der Kinder und Jugendlichen sind in die Entwicklung von Hannover plusZehn eingeflossen und sollen soweit wie möglich in Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung umgesetzt werden.

Nähere Informationen zum Wettbewerb und die Preisträger sind bei der Geschäftsstelle Hannover Strategie oder unter www.hannover-pluszehn.de abrufbar.



Die Zehn-Plus-Punkte

Plus 1	Hannover setzt auf bürgerschaftliches Engagement und lebendige Stadtteile
Plus 2	Hannover investiert in Bildung und Kinder
Plus 3	Hannover fördert die Integration
Plus 4	Hannover schafft familienfreundliches Wohnen
Plus 5	Hannover handelt weltoffen
Plus 6	Hannover stärkt die Wirtschaft
Plus 7	Hannover verbindet Wissenschaft und Stadt
Plus 8	Hannover l(i)ebt Stadtkultur
Plus 9	Hannover schützt Klima und Umwelt
Plus 10	Hannover sichert die Handlungsfähigkeit

Die Arbeiten für ein junges und innovatives Hannover gliedern sich in die Zehn-Plus-Punkte. Für jeden Plus-Punkt wurden die Bedeutung für die Stadtpolitik definiert, die lokalen Potenziale skizziert und konkrete Ziele festgelegt. Eine Aufzählung der vorrangigen Arbeiten liefert eine Übersicht der zur Zielerreichung entwickelten Maßnahmen.

Im Teil C werden die Maßnahmen näher erläutert und die verantwortliche Organisationseinheit in der Stadtverwaltung sowie die Kooperationspartner benannt. Die Aufzählung der Kooperationspartner ist keine abschließende Festlegung.

Plus 1

Hannover setzt auf bürgerschaftliches Engagement und lebendige Stadtteile

Ziele

- Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner, die sich in Hannover bürgerschaftlich engagieren, soll gesteigert werden.
- Rahmenbedingungen für mehr Bürgerengagement, für Netzwerke, für Engagement fördernde Infrastruktur und selbst organisierte Zusammenschlüsse sollen verbessert werden.
- Junge Menschen, Migrantinnen und Migranten sowie Seniorinnen und Senioren sollen für das bürgerschaftliche Engagement gewonnen werden.
- Eine stadtteilorientierte Politik soll Anknüpfungspunkte für das bürgerschaftliche Engagement bieten.
- Die Beteiligungs- und Entscheidungsstruktur in den Stadtteilen soll durch eine transparentere Gestaltung von politischen Entscheidungen und Verwaltungshandeln optimiert werden.
- Kinder und Jugendliche sollen stärker in kommunalpolitische Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

Die Stadt muss die Einwohnerinnen und Einwohner stärker als aktive Mitgestalter gewinnen. Die Vielfalt der Angebote im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich kann nur durch den persönlichen Einsatz von Einwohnerinnen und Einwohnern gesichert und erweitert werden.

Bürgerschaftliches Engagement ist eine zentrale Ressource für eine positive Stadtentwicklung. Dieses Engagement hat jedoch seine Bedeutung nicht als Ersatz für fehlende staatliche oder städtische Angebote, sondern einen eigenständigen Wert. Ohne direkte Beteiligung und Übernahme von Verantwortung wird kommunale Selbstverwaltung nicht funktionieren und das soziale Gefüge der Stadt an Stabilität verlieren.

Die besten Ansatzpunkte für bürgerschaftliches Engagement bietet eine stadtteilorientierte Politik, die bei den lokalen Entscheidungsprozessen auf Transparenz und Beteiligung setzt.

Insbesondere in den Großstädten findet sich ein Trend zur Individualisierung der Lebensstile. Dies erschwert die Gewinnung von Aktiven für die kontinuierliche Arbeit in Vereinen, Verbänden und Selbsthilfeinitiativen und erfordert spezielle Unterstützungsangebote. Die Individualisierung kann aber auch als Chance für das bürgerschaftliche Engagement gesehen werden. Denn Singles können ihre Zeit freier einteilen und sich damit auch stärker engagieren. Einige Bevölkerungsgruppen, die beim bürgerschaftlichen Engagement unterrepräsentiert sind, brauchen besondere Angebote, um einen leichteren Zugang zur ehrenamtlichen Tätigkeit finden zu können. Dazu zählen Migrantinnen und Migranten ebenso wie jüngere Menschen.

Die wachsende Zahl von Seniorinnen und Senioren bieten ein großes Potenzial für bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligenarbeit. Eine besondere Herausforderung stellt die Initiierung von Projekten mit Menschen unterschiedlicher Altersgruppen dar.

Potenzial:

Rund 25 Prozent der Menschen sind in Hannover in den unterschiedlichsten Vereinen, Verbänden und Selbsthilfeinitiativen aktiv. Sie übernehmen Verantwortung und erwerben Kompetenzen, die in andere Lebensbereiche eingebracht werden können. Rund 95.000 Menschen sind in Hannover Mitglieder in Sportvereinen. Viele von ihnen engagieren sich im Verein, ganz besonders für die Kinder- und Jugendarbeit. Seniorinnen und Senioren helfen Schulkindern beim Lesen oder bei der Betreuung. Einwohnerinnen und Einwohner übernehmen Patenschaften für die Pflege von Parks, Grünanlagen oder Spielplätzen. Unternehmen engagieren sich für die Stadt.

Hannover verfügt bereits über eine große Kompetenz bei der Förderung und Vernetzung des bürgerschaftlichen Engagements. Freiwilligendienste, wie die Informations- und Koordinierungsstelle für ehrenamtliche Mitarbeit Hannover (IKEM) oder das Freiwilligenzentrum Hannover, werben und vermitteln Menschen für freiwillige Einsätze. Im Netzwerk Bürgermitwirkung haben sich öffentliche und freie Träger unter dem Leitmotiv „Freiwillig in Hannover“ verbunden. Mit Veranstaltungen wie der Freiwilligenbörse wird bürgerschaftliches Engagement gewürdigt und gefördert.

Jeden Monat wird in Hannover eine neue Stiftung gegründet. 250 Stiftungen haben ihren Sitz in Hannover und unterstützen gemeinnützige Projekte und Einrichtungen in der Region. Stiften ist längst nicht mehr das Privileg der besonders Vermögenden. Stiften ist ein Ausdruck für persönliches Engagement. Die Stadt koordiniert die Stiftungsinitiative Hannover, in der mehr als 100 Stiftungen mitwirken und auf Stiftungstagen, Veranstaltungen und in Veröffentlichungen für den Stiftungsgedanken werben.

Übersicht der vorrangigen Arbeiten:

Anerkennung und Vernetzung

Durch Zertifikate, Projekte, Initiativen und Veranstaltungen soll das Engagement Einzelner und Gruppen für das Gemeinwohl bekannt gemacht und gewürdigt werden. Netzwerke, in denen sich Freiwillige organisieren oder mit freien Trägern, Vereinen und Unternehmen zusam-

menarbeiten, werden unterstützt, ebenso wie Freiwilligendienste. Für den Stiftungsgedanken wird geworben.

> Maßnahmen: 1.1

Transparenz und Beteiligung

Bürgerschaftliches Engagement braucht Stadt und Politik als Partnerinnen. Transparenz und die frühzeitige Einbeziehung von Menschen bei der Lösung von Problemen sind notwendig, damit Bürgermitwirkung sichtbare Folgen hat und eine Voraussetzung für weiteres Engagement ist.

> Maßnahmen: 1.1

Lebendige Stadtteile

Mit Öffentlichkeitskampagnen sowie lokalen Netzwerken und Angeboten in Stadtteilen sollen Menschen für das bürgerschaftliche Engagement gewonnen und die Stadtteilentwicklung gestärkt werden. Beispiele dafür sind die Übernahme von Patenschaften für Spiel- und Grünanlagen im Stadtteil, die Unterstützung von Bildungs- und Kultur- sowie Sportangeboten für Kinder und Jugendliche durch Vereine und natürlich die Nachbarschaftshilfe. Für bestimmte Stadtteile soll eine Imageverbesserung erreicht werden.

> Maßnahmen: 1.2

Sportförderung

Das aktive Sportleben in Hannover wird gefördert. Öffentliche Flächen sollen zusätzlich für sportliche Betätigung, insbesondere für den Breitensport, aktiviert werden. Die städtische Sportförderung wird besonders Kinder und Jugendliche berücksichtigen. Durch eine verstärkte Zusammenarbeit von Vereinen, Schulen und anderen Einrichtungen soll das Sportangebot in der Stadt erweitert werden.

> Maßnahmen: 1.2; 2.2; 3.3

Kinder und Jugendliche

Junge Menschen werden an ausgewählten kommunalpolitischen Entscheidungen beteiligt. Dazu zählt beispielsweise die Einrichtung und Gestaltung von Spielplätzen. Es werden Maßnahmen entwickelt und gefördert, die sich gezielt an junge Migrantinnen und Migranten richten. Schulinitiativen werden bei der Vermittlung und Ausübung von demokratischer Teilhabe und bürgerschaftlichem Engagement unterstützt.

> Maßnahmen: 1.3

Migrantinnen und Migranten

Es werden Projekte, Initiativen und Veranstaltungsformen entwickelt, mit denen mehr Migrantinnen und Migranten für Beratungs- und Entscheidungsprozesse gewonnen werden können. Die interkulturelle Öffnung bei den Trägern des bürgerschaftlichen Engagements wird unterstützt, um insbesondere ältere Menschen mit Migrationshintergrund zu erreichen und in die Freiwilligenarbeit einzubinden.

> Maßnahmen: 1.5

Seniorinnen und Senioren

Ältere Menschen sollen dafür gewonnen werden, ihren Erfahrungsschatz an jüngere Generationen weiterzugeben und sich bürgerschaftlich zu engagieren. Maßnahmen, bei denen sich Menschen aus unterschiedlichen Altersgruppen gegenseitig helfen, sollen gefördert werden. Mit kleinräumigen Projekten wird das generationsübergreifende Lernen und Miteinander unterstützt. Die ehrenamtliche Seniorenarbeit wird besonders gefördert, wenn ältere Menschen beim selbständigen häuslichen Leben unterstützt werden. Das „Freiwillige Jahr für Senioren“ wird ausgebaut.

> Maßnahmen: 1.4

Unternehmen

Das bürgerschaftliche Engagement von Unternehmen wird gestärkt, die Freistellung von Personal für freiwillige Tätigkeiten unterstützt und die Kooperation von Unternehmen mit Bildungseinrichtungen gefördert.

> Maßnahmen: 1.1

Besondere Bezüge zu den AALBORG COMMITMENTS

Governance: Verpflichtung, Entscheidungsfindungsprozessen durch mehr direkt-demokratische Mitwirkung neuen Schwung zu verleihen.

Soziale Gerechtigkeit: Verpflichtung, den gerechten Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, Bildung, Arbeitsplätzen, Fortbildung, Information und kulturellen Aktivitäten zu gewährleisten, soziale Integration und Gender-Gleichstellung zu fördern, gute und sozial integrative Wohn- und Lebensbedingungen zu sichern.

Besondere Gender-Aspekte

Realisierung von Projekten für Mädchen mit Migrationshintergrund. Einbeziehung von Frauen mit Migrationshintergrund bei den Entscheidungen zur Stadtteilentwicklung.



Plus 2

Hannover investiert in Bildung und Kinder

Ziele:

- Die Zahl der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren sowie im Grundschulalter wird deutlich gesteigert.
- Die Qualität der pädagogischen Arbeit in den Kindertagesstätten soll verbessert werden.
- Alle Kinder sollen die deutsche Sprache beherrschen.
- Die Qualität der Schulgebäude und ihre Ausstattung soll weiter verbessert werden.
- Durch den Ausbau von Ganztagschulen wird das Bildungsangebot für Kinder verbessert.
- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird erleichtert.
- Die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss soll verringert werden.
- Alle Schulabsolventen sollen eine Chance zur beruflichen Integration erhalten.

Der Wettbewerb der Städte um junge Menschen wird sich zukünftig noch weiter verschärfen. Städte und Regionen mit gut ausgebildeten Menschen besitzen einen Standortvorteil im globalen Wettbewerb um Arbeits- und Ausbildungsplätze. Gleichzeitig werden die Lebens- und Arbeitssituationen komplexer und unbeständiger. Die Zukunftsfähigkeit der Stadt hängt zunehmend davon ab, ob Menschen die Möglichkeit haben und dazu bereit sind, sich im Sinne des lebenslangen Lernens weiterzubilden.

In den ersten Lebensjahren werden die Weichen und Grundlagen für künftige Bildungskarrieren gelegt. Daher ist es besonders wichtig, möglichst früh und gezielt in die Bildung von Kindern zu investieren. Die frühkindliche Förderung und Bildung muss bereits in den Kindertagesstätten unterstützt werden. Durch die Förderung der Sprachfähigkeit und sozialer Kompetenzen können wichtige Voraussetzungen für die Schulfähigkeit von Kindern gelegt werden. Wenn mehr Kinder unter drei Jahren einen Betreuungsplatz erhalten, können sie stärker individuell gefördert werden. Weiterhin besteht ein Bedarf zur Schaffung von Betreuungsplätzen für Kinder, die älter als sechs Jahre sind.

Mehr als zehn Prozent der Jugendlichen in Hannover verlassen die allgemein bildende Schule ohne Abschluss. Bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund geht bereits jeder fünfte ohne Hauptschulabschluss ab, was die Ausbildungs- und Berufsperspektiven dieser Jugendlichen sowie ihre soziale Integrationsmöglichkeit stark behindert.

Immer mehr Kinder und Jugendliche wachsen in Familien auf, die Unterstützung brauchen, weil sie in ökonomische Schwierigkeiten geraten sind oder keine tragfähigen Lebensperspektiven entwickeln können. Bereits heute haben 40 Prozent der Neugeborenen in Hannover einen Migrationshintergrund. Jedes fünfte Kind unter sechs Jahren erhält Leistungen aus der Hilfe zum Lebensunter-

halt. Ein Viertel aller Kinder und Jugendlichen in Hannover lebt mit einem allein erziehenden Elternteil zusammen. Das sind rund 20.000 Kinder und Jugendliche. Die Vielfalt der kulturellen Hintergründe von Kindern und Jugendlichen wächst. Damit steigt auch das Konfliktpotenzial, insbesondere in sozial benachteiligten Stadtteilen.

Potenzial:

Hannover besitzt eine vielfältige Bildungslandschaft und zahlreiche Einrichtungen zur sozialen Unterstützung und Begleitung. In Hannover gibt es 120 Schulen und rund 80 Jugendeinrichtungen. Hannover hat einen überdurchschnittlichen Anteil an Ganztagschulen. In keiner anderen westdeutschen Großstadt ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler in der gymnasialen Oberstufe so hoch wie in Hannover. Durch gemeinsame Strategien und Kooperationen können Kräfte gebündelt und gezielt für Kinder und Jugendliche eingesetzt werden, um Bildung und Betreuung zu ermöglichen. Dazu muss die Zusammenarbeit von Kindertagesstätten, Schulen, Kultureinrichtungen und dem kommunalen Sozialdienst neu ausgerichtet und verstärkt werden. Diese Vernetzung soll besonders Kindern und Jugendlichen zugute kommen, die einen Migrationshintergrund haben oder sozial benachteiligt sind. Junge Mädchen und Jungen sind besser zu erreichen, wenn die Angebote die unterschiedlichen kulturellen und sozialen Voraussetzungen im Sinne des Gender Mainstreaming berücksichtigen. Ein großes Potenzial liegt darin, die Eltern bei der Bildungsarbeit mit einzubeziehen und Angebote für die gesamte Familie zu machen.

Übersicht der vorrangigen Arbeiten:

Frühförderung von Kindern

Die Zahl der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren und Kinder im Grundschulalter wird bis zum Jahr 2010 deutlich gesteigert.

> Maßnahmen: 2.1

Sprachförderung

In Kindertagesstätten mit einem hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund wird die Sprachförderung verstärkt. Eltern werden bei der Sprachförderung mit einbezogen.

> Maßnahmen: 2.1; 3.1

Qualitätsverbesserung

Die Qualität der frühkindlichen Förderung und Betreuung wird durch zusätzliches Personal und kleinere Gruppen bei der Betreuung ab dem Jahr 2010 verbessert. In Zusammenarbeit mit den Ausbildungsträgern soll die

Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern an die gesellschaftlichen Herausforderungen angepasst werden.

> Maßnahmen: 2.1

Zusammenarbeit Eltern, Schule und Kita

Die Zusammenarbeit von Eltern, Schulen und Kindertagesstätten wird gefördert, damit Grundlagen zur Erlangung der Schulfähigkeit gelegt werden können.

> Maßnahmen: 2.1

Ganztagsbetreuung

Mit einer konsequenten Öffnung der Schulen in den Stadtteil hinein und einem verbindlichen Netzwerk zu Sportvereinen, Kultureinrichtungen und Stadtteilinitiativen sollen weitere Ganztagschulen geschaffen werden.

In jedem Stadtbezirk soll es eine Ganztagschule im Grundschulbereich geben. Schulen sollen gemeinsam mit der Jugendhilfe die Ganztagsbetreuung organisieren. Um dies kostenneutral umzusetzen, sollen Ressourcen von Schulen, Jugendhilfe und Vereinen für Ganztagsbetreuung zusammengeführt werden. Ganztagschulen und Freizeitangebote in der Sek. I werden ausgebaut. Hausaufgabenhilfe wird unterstützt. Grundschulen und Einrichtungen der Jugendhilfe stärken die Zusammenarbeit. Betreuung wird auch in den Ferien angeboten.

> Maßnahmen: 2.2; 3.2; 3.3

Sprachen

Kinder und Jugendliche in Hannover sollen möglichst viele Sprachen erlernen. Zweisprachiger Unterricht wird gefördert.

> Maßnahmen: 2.2

Kulturelle Bildungsarbeit

Die außerschulische kulturelle Bildungsarbeit wird intensiviert. Ein Netzwerk von Bildungs- und Kulturinstitutionen sowie Freiwilligen fördert das Lesen. Die Museen verstärken Angebote für junge Menschen. Die Zusammenarbeit bei der musikalischen Bildung junger Menschen wird verbessert.

> Maßnahmen: 2.2

Schulabschlüsse

Jugendliche und junge Erwachsene, insbesondere mit Migrationshintergrund, werden beraten und erhalten Angebote für Weiterbildung, Praktika und soziales Training. Bildungsträger, Unternehmen und Wirtschaftsverbände entwickeln Maßnahmen für eine praxisnahe Bildung und Ausbildung. Förderschulen werden auf Berufsfelder ausgerichtet.

> Maßnahmen: 2.3

Besondere Bezüge zu den AALBORG COMMITMENTS

Soziale Gerechtigkeit: Verpflichtung, gerechten Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, Bildung, Arbeitsplätzen, Fortbildung, Information und kulturellen Aktivitäten zu gewährleisten.

Besondere Gender-Aspekte

Bildungs-, Kultur- und Sportangebote für Mädchen mit Migrationshintergrund.

Sprachförderung von Frauen mit Migrationshintergrund. Geschlechtsspezifische Angebote für Jungen ohne Schulabschluss.



Plus 3

Hannover fördert die Integration

Ziele:

- Die Kompetenz von benachteiligten Familien in Erziehungs- und Bildungsfragen soll gestärkt werden.
- Familien mit Migrationshintergrund werden integriert.
- Die deutsche Sprachkompetenz von Migrantinnen und Migranten wird verbessert.
- Durch Präventionsarbeit soll die Gewaltbereitschaft von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen reduziert werden.

Die Zahl der Familien, die Unterstützung bei der Erziehung und Förderung von Kindern brauchen, ist deutlich gewachsen. Familien mit Kindern haben eine schlechtere ökonomische Grundlage und sind überdurchschnittlich von Armut betroffen. Die Vielfalt der kulturellen Hintergründe von Familien nimmt zu. Benachteiligte Familien brauchen besondere Hilfen, damit sie sozial und kulturell in Hannover integriert werden können.

Familien mit Migrationshintergrund bekommen durchschnittlich mehr Kinder als Familien ohne Migrationshintergrund. Sie tragen damit wesentlich zur Verjüngung der Stadt bei. Gleichzeitig brauchen sie besondere Hilfe und Unterstützung für einen produktiven und sozialorientierten Lebensweg. Soziale Benachteiligung und fehlende Teilhabe von Familien mit Migrationshintergrund verschärfen die soziale Ausgrenzung und Vereinzelung. Konflikt- und Gewaltbereitschaft nehmen zu. Seit 2001 registriert die Polizei einen stetigen Anstieg der Körperverletzungsdelikte und des Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte. Die Gewaltbereitschaft nimmt insbesondere bei jüngeren Menschen deutlich zu. Während die Zahl der Opfer bei den Senioren mit 5,5 Prozent weiter gesunken ist, stieg sie bei Jugendlichen mit 12,25 Prozent deutlich an.

Allein Erziehende sind überdurchschnittlich auf soziale Transferleistungen angewiesen. Knapp ein Drittel der allein Erziehenden in Hannover erhielt 2002 Hilfe zum Lebensunterhalt. Allein erziehende berufstätige Eltern müssen die Doppelbelastung von Kindererziehung und Berufstätigkeit schultern. Durch mangelnden Familiensammenhalt spielen Erfahrungen der Großeltern bei der Kindererziehung und Betreuung eine immer geringere Rolle. Das Wissen um gesunde Ernährung und die positive Wirkung körperlicher Bewegung gehen zurück.

Neben spezifischen Hilfen im Einzelfall werden Handlungskonzepte gebraucht, die auch das jeweilige soziale Umfeld sowie die Stadtteile berücksichtigen. Mit Beratungs- und Integrationsangeboten können Familien mit Migrationshintergrund gestärkt werden. Bildungsangebote, die auf Konflikt- und Gewaltvermeidung zielen, tragen zur Integration bei und stärken das Sicherheitsgefühl der Menschen in den Stadtteilen. Das friedliche Zusammenleben zwischen unterschiedlichen sozialen, nationalen, ethnischen und kulturellen Gruppen soll insbesondere bei Jugendlichen gefördert werden.

Potenzial:

Hannover unterstützt sozial benachteiligte Familien mit Einzelhilfen, pädagogischen und kulturellen Angeboten. So gibt es im Stadtgebiet mehr als 350 Kindertagesstätten, zahlreiche städtisch geförderte Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, dezentrale Dienststellen des Kommunalen Sozialdienstes, Freizeitheime und Kulturtreffs. Ein großes Potenzial für die Integration von benachteiligten Familien liegt darin, die unterschiedlichen Angebote von Jugendhilfe, Kultur- und Bildungsträgern sowie die Schule miteinander zu vernetzen und durch Kooperationen gemeinsame Strategien und Konzepte umzusetzen.

Übersicht der vorrangigen Arbeiten:

Erziehungsunterstützung

Mit einem breit gefächerten Netz an Dienstleistungen und Institutionen werden benachteiligte Eltern bei der Erziehung und Bildung ihrer Kinder unterstützt. Diese Angebote werden insbesondere auf die Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund neu ausgerichtet und berücksichtigen die Aspekte des gender mainstreaming.

> Maßnahmen: 3.1

Familienzentren

Familien werden in ausgewählten Kindertagesstätten oder in anderen sozialen Einrichtungen bei der Erziehung und Bildung beraten und unterstützt. Diese „Familienzentren“ arbeiten institutions- und trägerübergreifend und unterstützen Familien mit unterschiedlichen Angeboten.

> Maßnahmen: 3.1

Familienhebammen

Hebammen werden qualifiziert, um in besonders sozial benachteiligten Quartieren jungen Familien bei der Gesundheitsbetreuung zu helfen.

> Maßnahmen: 3.1

Gewaltprävention

Maßnahmen zur Konfliktschlichtung werden in Zusammenarbeit mit Schulen entwickelt und umgesetzt. Eine besonders wichtige Zielgruppe sind dabei Jungen und junge Männer. Kinder und Jugendliche sollen in den Stadtteilen gemeinsame Verhaltensregeln erarbeiten. Der Kommunale Sozialdienst stärkt Krisenintervention.

> Maßnahmen: 3.2

Gesundheit und Sport

Die städtische Sportförderung wird stärker auf Kinder und Jugendliche ausgerichtet. Gesundheit und Integration von jungen Menschen sowie Wertevermittlung für das Zusammenleben wird gefördert, beispielsweise durch

Mitternachtssport. Besondere Zielgruppen sind übergewichtige Kinder sowie Mädchen mit Migrationshintergrund. Die Zusammenarbeit von Sportvereinen, Schulen, Kindertagesstätten und anderen Einrichtungen soll gefördert werden, um das Sportangebot zu erweitern.

> Maßnahmen: 3.3

Interkulturelle Begegnung

Freizeitangebote werden auch auf Sprachförderung, Konfliktschlichtung und interkulturelle Begegnung hin neu ausgerichtet.

> Maßnahmen: 3.2

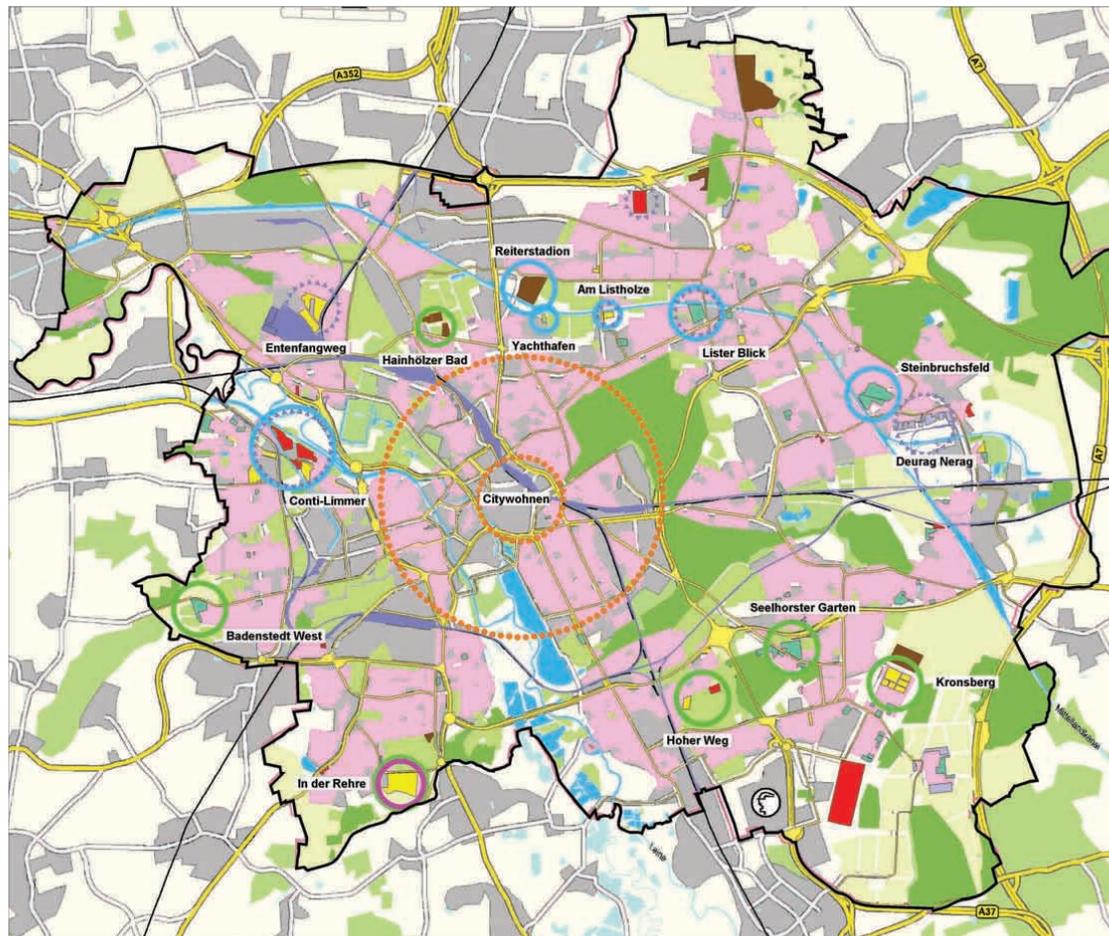
Besondere Bezüge zu den AALBORG COMMITMENTS

Soziale Gerechtigkeit: Verpflichtung, gerechten Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, Bildung, Arbeitsplätzen, Fortbildung, Information und kulturellen Aktivitäten zu gewährleisten.

Besondere Gender-Aspekte

Geschlechtsbezogene Angebote für Mädchen und Jungen zur Integration. „Geschützte“ Sport- und Schwimmangebote für Mädchen mit muslimischem Migrationshintergrund.

Wohnen in Hannover



Flächen für den Wohnungsbau



Entwicklungsschwerpunkte



Plus 4

Hannover schafft familienfreundliches Wohnen

Ziele:

- Das Profil der Stadtteile wird durch integrative Stadtteilentwicklung geschärft.
- Brachen werden wieder für Wohnen und Arbeiten genutzt.
- Die Stadt schafft Angebote für ein familienfreundliches Wohnen.
- Die Abwanderung von Familien in das Umland wird gestoppt.
- Mehr Menschen ziehen wieder in die Stadt.

Die demografischen Entwicklungen führen zu einem Wandel ohne Wachstum in der Struktur der Stadt und der Flächennutzung. Stadtteile werden durch die verschiedenen soziografischen und städtebaulichen Entwicklungen geprägt (Patchwork City). Es wird Bereiche geben, in denen neue Angebote für Wohnen und Arbeiten, insbesondere Dienstleistungen, geschaffen werden. Gleichzeitig muss das Vorhandene gesichert und ausgefüllt werden. Grundstücke und Gebäude, die ihre ursprüngliche Funktion verloren haben, müssen wieder nutzbar gemacht werden (Brachen-Recycling). Damit kann auch die städtische Infrastruktur effektiv genutzt werden.

Die Stadtteilentwicklung hat eine hohe Bedeutung für die Zufriedenheit von Familien mit dem Wohnort Hannover. Hier müssen Familien die notwendige Infrastruktur finden, von der Versorgung bis hin zu guten Bildungs- und Betreuungsangeboten für Kinder. Nur wenn Beruf und Familie miteinander in Einklang zu bringen sind, können die Potenziale gut ausgebildeter Frauen für den Arbeitsmarkt genutzt werden. Die Nutzungskonzepte und Funktionalitäten der städtischen Einrichtungen müssen überprüft werden, um die Ausstattungqualität der Stadtteile bedarfsgerecht und familienfreundlich weiterzuentwickeln. Nicht überall kann alles vorgehalten werden, aber die Familien orientierten Einrichtungen bekommen ein besonderes Gewicht. Die Stadtteilmitte lebt davon, dass sich hier Menschen begegnen und aufhalten. Wenn diese Plätze und Grünräume aufgrund neuer Anforderungen verändert werden sollen, müssen die Ansprüche von Familien berücksichtigt werden.

Familien haben sehr unterschiedliche Bedürfnisse und Ansprüche an Lebens- und Wohnqualität. Wenn Hannover seine Attraktivität für diese Zielgruppe steigern will, müssen die ethnische Zugehörigkeit, die unterschiedlichen Lebensstile, die finanzielle Basis und Familiengrößen berücksichtigt werden. Die Rollen der gestaltenden Kräfte des Wohnungsmarkts haben sich deutlich verändert. Wichtigste Akteurin ist die Wohnungswirtschaft. Die Stadt ist Partnerin und muss im Dialog mit der Wohnungswirtschaft, Privateigentümern, Bauherren und Bauherrengemeinschaften für familienfreundliche Wohnangebote und Wohnumfelder eintreten. Die Abwanderung junger Familien ins Umland muss

gestoppt werden. Mehr als 2.000 Menschen verlassen jedes Jahr die Stadt Hannover und suchen im Umland eine Wohnung: vor allem Familien mit kleinen Kindern, aber auch junge Paare, die noch keine Kinder haben. Diese Abwanderung führt zu finanziellen Verlusten für die Stadt und gefährdet eine ausgewogene Bevölkerungsentwicklung. Denn mit den einkommensstarken Haushalten und Familien verliert Hannover auch gleichzeitig Menschen, die sich traditionell in der Stadt bürgerschaftlich engagieren und damit erheblich zum stabilen sozialen Klima beitragen. Angesichts des wachsenden Anteils an älteren Menschen in Hannover müssen Wohnformen für Seniorinnen und Senioren entwickelt und bereitgestellt werden, die das selbständige häusliche Wohnen von älteren Menschen ermöglichen.

Potenzial:

Hannover hat viele Wohnquartiere mit ausgesprochen hoher Wohnqualität. Die Mieten in der Stadt sind vergleichsweise niedrig und die Immobilienpreise kennzeichnen Hannover im Großstädtevergleich als relativ preiswerten Standort auch für Familien. Gefördert wird dies durch den Hannover-Kinder-Bauland-Bonus, der bereits zahlreiche Familien bei der Entscheidung für Hannover als Wohnstandort unterstützt hat. Hannover ist die Stadt der kurzen Wege. In den Stadtteilen und in der Stadtmitte sind alle wichtigen Einrichtungen zu erreichen, die für die Organisation des familiären Lebens notwendig sind. Dies reicht von Kinderbetreuung über gute Schulen bis hin zur Versorgung mit Dingen des täglichen Bedarfs.

Übersicht der vorrangigen Arbeiten:

Integrative Stadtteilarbeit

Die Potenziale der hannoverschen Stadtteile sollen im Rahmen einer integrativen Stadtteilentwicklung gestärkt werden. Dazu wird die Kooperation zwischen Einwohnerinnen und Einwohnern, örtlicher Wirtschaft sowie Vereinen und Initiativen in den Stadtteilen gefördert. Es werden auf der Grundlage von Stadtteilplänen und -leitbildern gemeinsame Strategien und nachhaltige Maßnahmen entwickelt, die das Profil und Image der Stadtteile prägen.

> Maßnahmen: 1.2; 4.1

Konstruktiver Dialog mit der Wohnungswirtschaft

Austausch von Informationen und Strategien sowie geplante Maßnahmen mit der Wohnungswirtschaft, um die Qualitäten des Wohnstandorts Hannover zu stabilisieren und weiterzuentwickeln.

> Maßnahmen: 4.2

Stadtplatzprogramm

Mit dem seit 1999 laufenden Zehn-Jahres-Programm werden Plätze mit zentraler Funktion zur Stärkung der

urbanen Lebensqualität modernisiert. Bei der Entwicklung der Projekte spielen Aspekte des Gender Mainstreaming, der Barrierefreiheit und der Kriminalprävention im Städtebau eine große Rolle.

> Maßnahmen: 4.1

Soziale Stadt

Im Rahmen des Bund-Länderprogramms „Die soziale Stadt“ werden die Sanierungsgebiete Hainholz (bis ca. 2014), Mittelfeld (bis ca. 2008) und Vahrenheide - Ost (bis ca. 2009) weiterentwickelt. Weitere Stadtteile mit Erneuerungsbedarf werden zur Aufnahme in das Programm vorbereitet.

> Maßnahmen: 4.1

„Hannover heißt Zuhause“

Die Kampagne stellt die Lebensqualität der Stadtteile heraus und stärkt die Identifikation der Bevölkerung mit ihren Stadtteilen.

> Maßnahmen: 4.1

Einfamilienhausprogramm

Fortsetzung des Programms von 2005 bis 2010. Elemente des Programms:

1. Flächenbereitstellung,
2. Bauland- und Bodenpreise,
3. Werbung, Image, Kommunikation und
4. Förderung besonderer Wohnformen oder besonders ambitionierter gemeinschaftlicher Wohnvorhaben.

> Maßnahmen: 4.3

Hannover-Kinder-Bauland-Bonus

Das Programm wird von 2005 bis 2010 fortgesetzt. Erstkäufer städtischer Grundstücke oder Eigentumswohnungen auf städtischen Baugrundstücken erhalten pro Kind eine Kaufpreismäßigung von zehn Prozent. Gefördert wird auch der Ersterwerb bebauter Objekte aus dem städtischen Grundvermögen. Private Baugemeinschaften werden begünstigt, wenn sie gemeinschaftlich von der Stadt ein Baugrundstück erwerben.

> Maßnahmen: 4.3

Schöne Spielplätze

Kinder und Jugendliche sollen in Hannover genügend schöne, sichere und gut erreichbare Spielplätze haben und sich an der Planung, Gestaltung und Pflege aktiv beteiligen können.

> Maßnahmen: 1.3; 4.4

Sicherheit und Sauberkeit

Sichere und saubere öffentliche Räume sollen dazu beitragen, dass Menschen zu Hannover eine positive Beziehung haben, wenn sie hier wohnen, arbeiten oder einkaufen.

> Maßnahmen: 1.2; 4.5, 4.6

Innovative Wohnformen

Impulse für innovative Wohnformen sollen in Hannover zusammen mit der Wohnungswirtschaft entwickelt und gefördert werden. Ein Schwerpunkt ist dabei das generationsübergreifende Wohnen. Selbständiges häusliches Wohnen von älteren Menschen im vorpflegerischen Bereich wird unterstützt. In Kooperation mit Partnern wie dem Bürgerbüro für Stadtentwicklung wird über innovative Wohnformen informiert. Mit Wohnumfeldwettbewerben werden innovative Projekte ausgezeichnet.

> Maßnahmen: 4.7

Brachen und Gewerbeflächen

Nicht mehr benötigte Brachen, Gewerbeflächen/ -bauten sollen stärker für individuelles Wohnen genutzt werden.

> Maßnahmen: 4.7

Besondere Bezüge zu den AALBORG COMMITMENTS

Stadtplanung und Stadtentwicklung: Verpflichtung, benachteiligte Gebiete neu zu nutzen und umzugestalten. Einen gesunden Mix aus Gebäuden und Entwicklungen sicherzustellen, der ein ausgewogenes Verhältnis an Arbeitsplätzen, Wohnungen und Dienstleistungen gewährleistet, wobei dem Wohnen in Stadtzentren Priorität eingeräumt wird.

Besondere Gender-Aspekte

Zielgruppenspezifische Angebote bei Wohnformen und Stadtteilentwicklung. Stadt der kurzen Wege, funktionelle Stadt. Erhöhung der subjektiven Sicherheit durch bauliche Maßnahmen und Grünplanung.



Plus 5

Hannover handelt weltoffen

Ziele:

- Hannover profiliert sich als weltoffene und Integration fördernde Stadt.
- Entwicklung der Region Hannover-Braunschweig-Göttingen zu einer Metropolregion von europäischer Bedeutung.
- Interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung.
- Rassistische Tendenzen haben in Hannover keine Chance.

Angesichts der weltweiten Verflechtungen der Wirtschaft zählt die Internationalität einer Stadt zu den wesentlichen Standortfaktoren. Für eine positive Entwicklung benötigt Hannover Investitionen ausländischer Unternehmen und die Besuche von Geschäftsleuten und Touristen aus aller Welt. Hannover muss für ausländische Fachkräfte und Studierende große Anziehungskraft besitzen und den hier ansässigen international operierenden Unternehmen ein attraktives Umfeld bieten.

Als Standort weltweit führender Leitmesse bietet Hannover hervorragende Voraussetzungen für eine internationale Profilierung, die deutlich über die in vergleichbaren Städten vorhandenen Potenziale hinausgehen. Hinzu kommt die Lagegunst Hannovers in der Mitte der erweiterten Europäischen Union und am Kreuzungspunkt bedeutender internationaler Verkehrsstraßen.

Hannover will die Chancen der europäischen Integration nutzen. Die Landeshauptstadt ist aktive Partnerin bei der Konstituierung des niedersächsischen Kernraums Hannover-Braunschweig-Göttingen zur Metropolregion von europäischer Bedeutung und sieht die Beteiligung an Kooperationsprojekten der Europäischen Union als gute Möglichkeit zur Schärfung des internationalen Profils.

Städte waren schon immer Orte der Integration und des kulturellen Austauschs. Die Internationalisierung des Stadtlebens führt dazu, dass die Kommunikation zwischen Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft zum Normalfall des alltäglichen Lebens wird.

Zuwanderung bietet Städten einerseits die Chancen zur Korrektur negativer demografischer Entwicklungen und zur Entfaltung neuer wirtschaftlicher und kultureller Potenziale. Andererseits führt Zuwanderung auch zu Problemen, die sich zum Beispiel in Nachbarschaftskonflikten oder in der Dominanz von Kindern mit Migrationshintergrund in bestimmten Schulen und Jugendeinrichtungen ausdrücken.

Um die Potenziale der Zuwanderung zu nutzen, muss jedoch die Integration gefördert werden. Integrationsförderung ist ein Schlüsselthema für die weitere Entwicklung der Stadt und berührt als Querschnittsaufgabe alle Bereiche des Stadtlebens. Von größter Bedeutung sind dabei die Initiativen zum Erwerb der deutschen Sprache

sowie die Eröffnung von Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt und im Bildungssektor. Angebote zur Integrationsförderung müssen auf die spezifische Situation von Zuwanderinnen und Zuwanderern ausgerichtet sein.

Die Stadt braucht eine gemeinsame Grundlage des Zusammenlebens. Diese muss durch Respekt und Offenheit gegenüber den Menschen, die zugewandert sind, geprägt sein. Sie darf aber auch keinen Zweifel daran lassen, dass sie an der in der Verfassung festgelegten Werteordnung festhält.

Da Zuwanderung und Integration fast alle Bereiche der Stadtentwicklung berührt, ist kommunale Integrationspolitik am wirkungsvollsten, wenn sie als gesamtstädtische Querschnittsaufgabe definiert wird. Zuwandererorganisationen sollten an der Integrationsarbeit intensiv beteiligt werden.

Mit dem Konzept der interkulturellen Öffnung wird die Stadtverwaltung ihre Angebote für Zuwanderinnen und Zuwanderer kundenfreundlicher gestalten und einen höheren Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in der Mitarbeiterschaft anstreben.

Potenzial:

Die Ausrichtung der Weltausstellung EXPO 2000 hat der Stadt einen besonderen Internationalisierungsschub verliehen und dazu beigetragen, dass Hannover seinen Spitzenplatz unter den Messestandorten behaupten konnte. Nicht nur die Messeaktivitäten, auch internationale Kongresse sowie Kultur- und Sportveranstaltungen prägen das weltoffene Profil der Stadt. Die Landeshauptstadt Hannover hat sich auf der europäischen Städteebene eine gute Position erarbeitet und sich zu einer gesuchten Partnerin für EU-geförderte Kooperationsprojekte in verschiedenen Arbeitsfeldern der Stadtpolitik entwickelt.

Die Ausweisung der Region Hannover-Braunschweig-Göttingen als Metropolregion von europäischer Bedeutung bietet neue Ansatzpunkte für die Steigerung der Internationalität Hannovers.

In Hannover leben 75.528 Menschen, also 14,9 Prozent der Bevölkerung, ohne deutsche Staatsangehörigkeit und 41.832 Menschen, 8,2 Prozent, mit einer deutschen und einer weiteren Staatsangehörigkeit. Obwohl bei der Zuwanderung in Hannover in den letzten Jahren ein rückläufiger Trend zu verzeichnen ist, wird der Anteil von Einwohnerinnen und Einwohnern mit einem Migrationshintergrund aufgrund der höheren Geburtenzahl in dieser Bevölkerungsgruppe steigen.

Übersicht der vorrangigen Arbeiten:

Europa in Hannover

Hannover betreibt eine auf Kooperation und Integration ausgerichtete kommunale Europaarbeit. Dazu gehören die Beteiligung an EU-geförderten Netzwerken und internationalen Projekten sowie die Sensibilisierung der Stadtgesellschaft für Themen der europäischen Integration. Hannover engagiert sich im Rahmen der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen für die Realisierung der in diesem Zusammenhang entwickelten Projekte.

> Maßnahmen: 5.1

Interkulturelle Öffnung

Im Rahmen der Personal- und Organisationsentwicklung wird die interkulturelle Öffnung der Verwaltung angestrebt. Dazu gehören die Ausbildung junger Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung und die kundenfreundliche Gestaltung von Angeboten für Zuwanderinnen und Zuwanderer. Durch Fortbildungsmaßnahmen in den Fachbereichen wird die interkulturelle Kompetenz gestärkt.

> Maßnahmen: 5.2

Integrationskurse für Migrantinnen und Migranten

Migrantinnen und Migranten, die schon längere Zeit in Hannover wohnen, sollen durch Sprach- und Integrationskurse gefördert werden.

> Maßnahmen: 5.3

Beteiligung

Es werden Projekte, Initiativen und Veranstaltungsformen entwickelt, mit denen mehr Migrantinnen und Migranten für Beratungs- und Entscheidungsprozesse gewonnen werden können.

> Maßnahmen: 1.5

Sprachförderung

In Kindertagesstätten mit einem hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund wird die Sprachförderung verstärkt. Eltern werden bei der Sprachförderung mit einbezogen.

> Maßnahmen: 2.1; 3.1

Erziehungsunterstützung

Die Angebote zur Erziehung und Bildung von Kindern werden insbesondere auf die Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund neu ausgerichtet.

> Maßnahmen: 3.1; 3.2

Besondere Bezüge zu den AALBORG COMMITMENTS

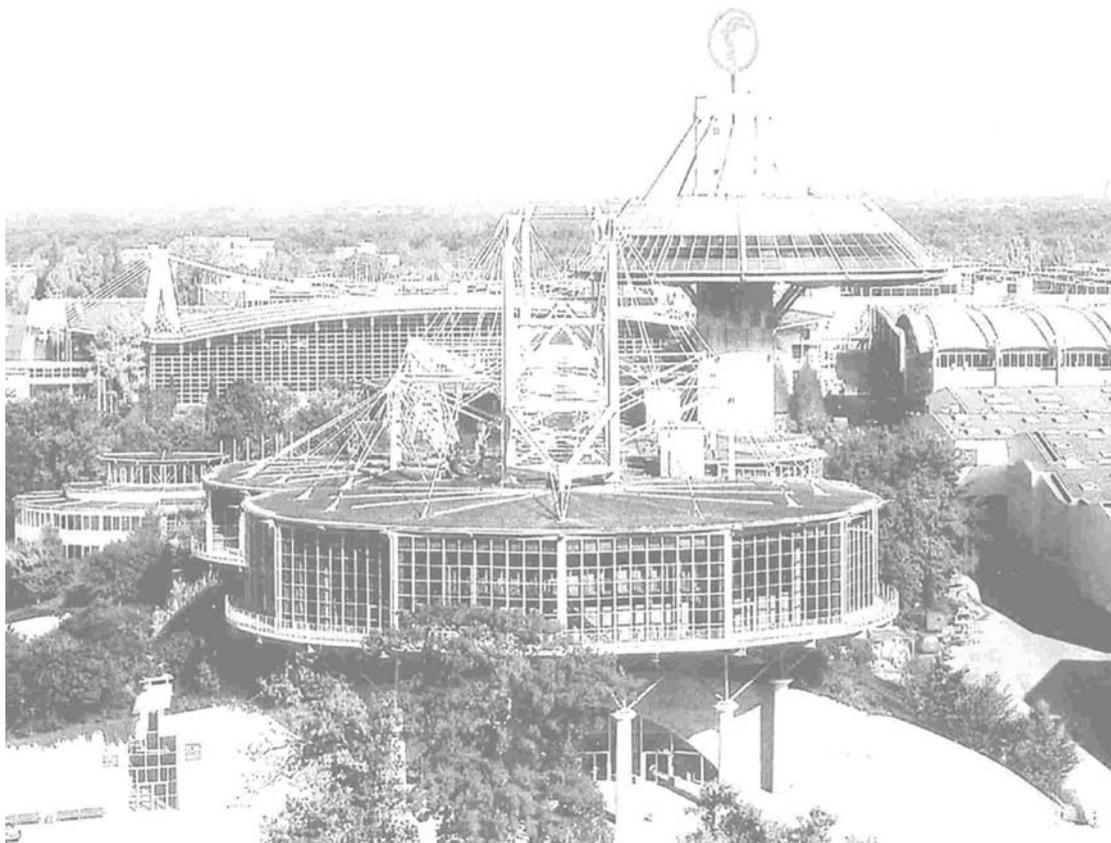
Governance: Einladung aller Sektoren der Gesellschaft, sich effektiv an Entscheidungsfindungsprozessen zu beteiligen.

Dynamische und zukunftsbeständige lokale Wirtschaft: Verabschiedung von Maßnahmen, die Arbeitsplätze und Existenzgründungen vor Ort anregen und unterstützen.

Soziale Gerechtigkeit: Gewährleistung des gerechten Zugangs zu öffentlichen Dienstleistungen, Bildung, Arbeitsplätzen, Fortbildung, Information und kulturellen Aktivitäten.

Besondere Gender-Aspekte

Geschlechtsspezifische Angebote für besonders benachteiligte Frauen mit Migrationshintergrund.



Plus 6

Hannover stärkt die Wirtschaft

Ziele:

- Hannoverimpuls ist ein wichtiger Baustein der innovativen Wirtschaftspolitik der Stadt.
- Der Wandel der Wirtschaftsstruktur wird aktiv unterstützt.
- Unternehmen erhalten die Chance zur Weiterentwicklung innerhalb des Stadtgebietes.
- Innenstadt und Stadtteile werden als lebendige Zentren für Handel und Gewerbe weiter entwickelt.
- Intensive Zusammenarbeit mit allen Akteuren in der Region stärkt den Wirtschaftsraum und erhöht die Dienstleistungsqualität für die Unternehmen.

Der verschärfte Standortwettbewerb, die strukturellen Veränderungen der Wirtschaft und die negativen Auswirkungen der hohen Arbeitslosigkeit setzen die kommunale Wirtschaftspolitik unter einen wachsenden Handlungsdruck. Die positive Beeinflussung der wirtschaftlichen Entwicklung ist die zentrale Aufgabe der Stadtpolitik. Erfolgreich kann dies nur sein, wenn sie das Wirtschaftsprofil des Standortes exakter definiert und entsprechend entwickelt. Besondere Beachtung findet die Förderung von innovativen Unternehmen und Branchen und die Hilfe bei der Kooperation von wissenschaftlichen Einrichtungen und Unternehmen aller Größenordnungen. Um neue Projekte anzustoßen und Innovationsprozesse zu fördern, benötigt die Stadt starke Partner. Hierbei können sich informelle und institutionalisierte Partnerschaften als sinnvoll erweisen, die sowohl projektbezogen als auch dauerhaft angelegt sein können.

Kommunale Wirtschaftspolitik bedarf einer Verzahnung mit allen Feldern der Stadtpolitik, die einen bedeutenden Einfluss auf die Standortqualität haben, insbesondere Flächen-, Umwelt-, Verkehrs- und Wohnungspolitik.

Die Globalisierung der Wirtschaft konfrontiert Kommunen mit der Situation, dass neben Großunternehmen in steigendem Umfang auch mittelständische Firmen ihre Standortplanungen mit internationaler Perspektive betreiben.

Die wirtschaftliche Entwicklung ist geprägt von einem drastischen Rückgang flächenintensiver Industrieansiedlungen und einer Zunahme kleinerer Ansiedlungsaktivitäten im industrienahen Dienstleistungsbereich. Der Anpassungsdruck an die Bedürfnisse von Endfertigern, die Verkürzung von Produktlebenszyklen und die schnellen Veränderungen von Produktionstechniken führen zu einer neuen Dynamik bei den Entscheidungen zur Errichtung, Erweiterung oder Schließung von Unternehmensstandorten.

Diese Rahmenbedingungen stellen die Vermarktung von Standorten, die Bestandsentwicklung und Gründerbetreuung sowie das Gewerbeflächenmanagement vor erhebliche Herausforderungen. Erforderlich sind vielfältige, kurzfristig verfügbare Gewerbeflächen im ganzen Stadtgebiet.

Sowohl in der Innenstadt als auch in den Stadtteilen kommt dem Handel eine besondere Bedeutung zu. Gleichzeitig vollziehen sich hier die Veränderungsprozesse besonders schnell und wahrnehmbar für die Bevölkerung. Die Kommune schafft hier verlässliche Rahmenbedingungen für den Strukturwandel.

Die Landeshauptstadt Hannover betreibt seit zwei Jahrzehnten eine engagierte kommunale Beschäftigungsförderung. Mit der zum Jahresbeginn 2005 vollzogenen Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe erhalten Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger die Möglichkeit, das Spektrum der aktiven Leistungen der Bundesagentur für Arbeit in Anspruch nehmen zu können. Auch wenn durch die bundesgesetzlichen Reformen über neue Dienstleistungen am Arbeitsmarkt die Zuständigkeiten neu geordnet wurden und in der Region Hannover eine Arbeitsgemeinschaft aus Bundesagentur und Kommunen besteht, muss Beschäftigungsförderung eine Aufgabe städtischer Politik bleiben. Dabei werden Schwerpunkte bei der Förderung von Beschäftigungsprojekten für Langzeitarbeitslose im Stützpunkt Hölderlinstraße, im Programm „Soziale Stadt“ und bei der Jugendarbeit gesetzt. Darüber hinaus wird Ausbildungsförderung im Non-Profit-Bereich unterstützt. Generell ist kommunale Beschäftigungsförderungspolitik auf eine Verzahnung des öffentlichen und des privaten Sektors angelegt.

Potenzial:

Hannovers Potenziale zur Nutzung wirtschaftlicher Entwicklungsmöglichkeiten sind auch zukünftig breit gefächert. Hannover hat eine überdurchschnittliche gute Beschäftigungsentwicklung und einen überdurchschnittlichen Bestand von Hauptverwaltungssitzen im Städtevergleich. Der Strukturwandel vom Produktionsstandort zum Dienstleistungszentrum wird sich fortsetzen, ohne die notwendige vielfältige industrielle Basis gänzlich zu beseitigen. Hannover als bekannte Metropole am Knotenpunkt internationaler Verkehrswege, als führende Messe-, Kongress- und Eventstadt ist nicht nur hochmodernes Zentrum für Kommunikation und Medien, sondern auch Handels-, Banken- und Versicherungsstandort mit zukunftsträchtigen Wachstumsbranchen im Technologiesektor.

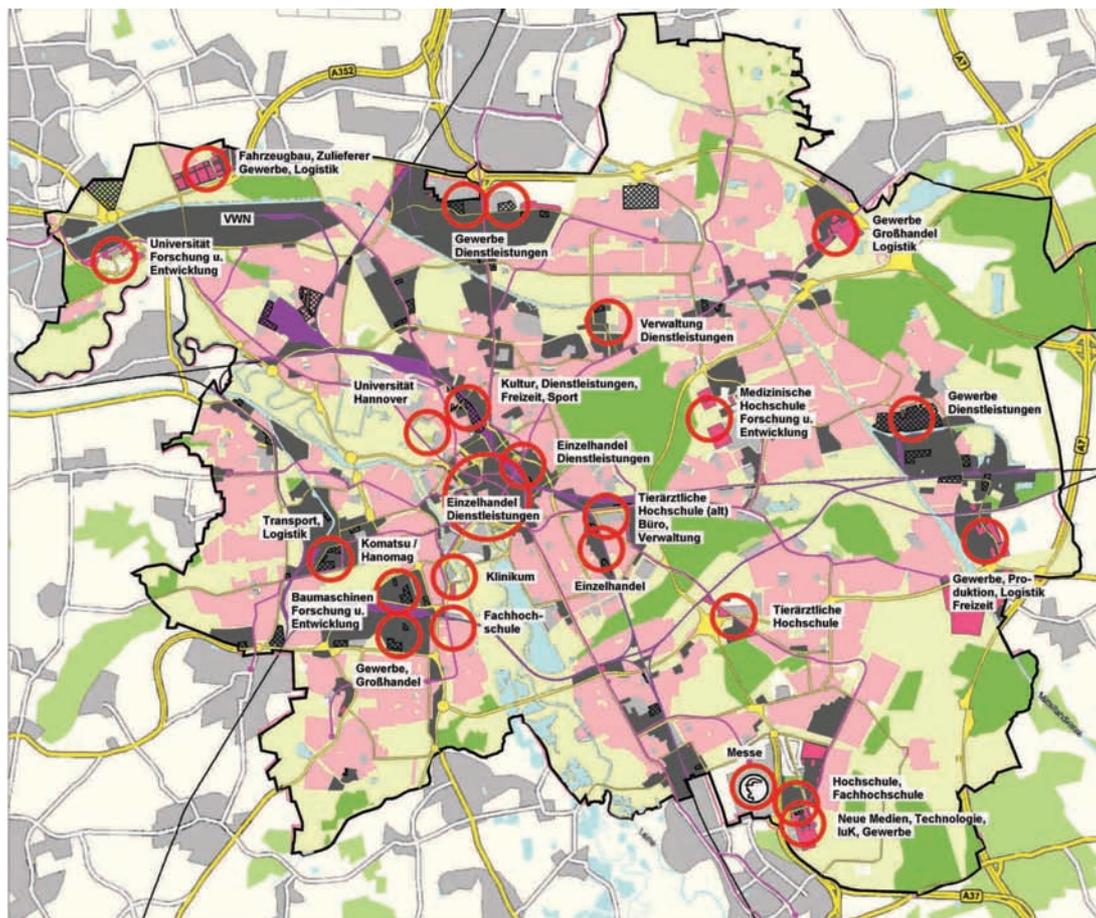
Die Wachstumsbranchen haben in der Region Hannover einen starken Partner: hannoverimpuls, die operativ tätige Gesellschaft zur Umsetzung des Hannover-Projektes.

Übersicht der vorrangigen Arbeiten:

hannoverimpuls

hannoverimpuls hat sich auf fünf Schwerpunktbranchen konzentriert, die in der Region Hannover überproportional wachsen. Dazu zählen die Automobil-, IT-, Lasertechnologie-, Life Science- sowie Produktionstechnik. Diese

Entwicklungsflächen für die Wirtschaft in Hannover



-  Brachflächen
-  Reserveflächen
-  Schwerpunkte für die Entwicklung von Arbeitsstätten

-  Gewerbe / Dienstleistungen
-  Wohnbauflächen
-  Grünfläche, landwirtschaftliche Nutzflächen
-  Wald
-  Wasserfläche
-  Stadtbahnlinien

innovativen Branchen werden zu Kompetenzzentren / Clustern weiterentwickelt und durch Gründungs-, Ansiedlungs- und Wachstumsinitiativen gestärkt, um langfristig Arbeitsplätze zu schaffen.

> Maßnahmen: 6.1

Wirtschaftsförderung

Die städtische Wirtschaftsförderung unterstützt Unternehmen und Branchen bei der Beseitigung von Entwicklungshemmnissen. Sie verschafft gut zugängliche Informationen über Serviceangebote sowie städtische und überörtliche Planungen, leistet Netzwerkarbeit bei der Bildung von Kooperationen - insbesondere auch für kleine und mittlere Unternehmen. Bei größeren und aktuellen Problemen gibt die städtische Wirtschaftsförderung spezielle Unterstützung.

> Maßnahmen: 6.2

Einzelhandel und Nahversorgung

Die Möglichkeit, in unmittelbarer Nähe zur eigenen Wohnung Dinge des täglichen Bedarfs einzukaufen und Dienstleistungen erhalten zu können, ist eine besondere Qualität der Stadtteile Hannovers. Damit diese Qualität erhalten bleibt und im Hinblick auf zukünftige Anforderungen und Entwicklungen ausgebaut werden kann, steht die Landeshauptstadt Hannover auf Grundlage ihres Einzelhandelnahversorgungskonzeptes mit den führenden Anbietern und Interessensvertretern im konstruktiven Dialog und regelmäßigen Kontakt.

> Maßnahmen: 6.2

Flächenmanagement

Ein strategisches Flächenmanagement für alle städtischen Flächen mit dem Ziel der städtebaulichen und fiskalischen Nutzungsoptimierung schafft ein Angebot eines sofort verfügbaren und transparenten Bestands an marktgerechten Flächen für Unternehmen.

> Maßnahmen: 6.2

Projektarbeit

Projekte, die den Wandel in einzelnen Branchen erleichtern, werden mit öffentlichen und privaten Partnern entwickelt, durchgeführt und gefördert (Öko-Profit, Materialeffizienzinitiative). Migrantinnen und Migranten werden gezielt und verstärkt als Akteure im Wirtschaftsprozess angesprochen.

> Maßnahmen: 6.2

Messe-, Kongress- und Tourismusstandort

Hannover wird seinen nationalen und internationalen Ruf als Messe- und Kongressstandort sowie als Tourismusziel weiter stärken und intensiv mit der Deutschen

Messe AG, dem Flughafen, dem Verkehrsverein und der Hannover Marketing Gesellschaft zusammenarbeiten.

> Maßnahmen: 6.2; 8.3

Modernisierung der Innenstadt

Die Innenstadt von Hannover wird kontinuierlich modernisiert und attraktiver gestaltet, damit sich die City noch stärker als überregionaler Einkaufsstandort, als kulturelles Zentrum Niedersachsens und als attraktives Tourismusziel positionieren kann. Darüber hinaus werden in Zusammenarbeit mit ansässigen Innenstadt-Akteuren spezielle Profile für einzelne Einkaufslagen/Cityquartiere entwickelt und gestärkt.

> Maßnahmen: 6.3

Wirtschaftsforen

Betriebe und Unternehmen werden bei der Stadtteilentwicklung einbezogen. Die Selbstorganisation und Vielfalt in den Stadtteilen wird durch verschiedenartige lokale Wirtschaftsforen gefördert.

> Maßnahmen: 6.2

Regionales Denken

Die Beispielprojekte für eine erfolgreiche Zusammenarbeit auf regionaler Ebene wie das Unternehmerbüro werden weiter ausgebaut. Das regionale Einzelhandelskonzept wird fortgeschrieben. Die Vermarktung der Wirtschaftsregion Hannover auf internationaler Ebene (z.B. Messen, Centers of Excellence) wird fortgeführt und mit weiteren privaten Partnern ausgebaut.

> Maßnahmen: 6.2

Beschäftigungsförderung

Die Stadt setzt eigene Akzente bei der Beschäftigungsförderung von Langzeitarbeitslosen durch Projektförderung und Ausbildungsförderung.

> Maßnahmen: 6.4

Besondere Bezüge zu den AALBORG COMMITMENTS

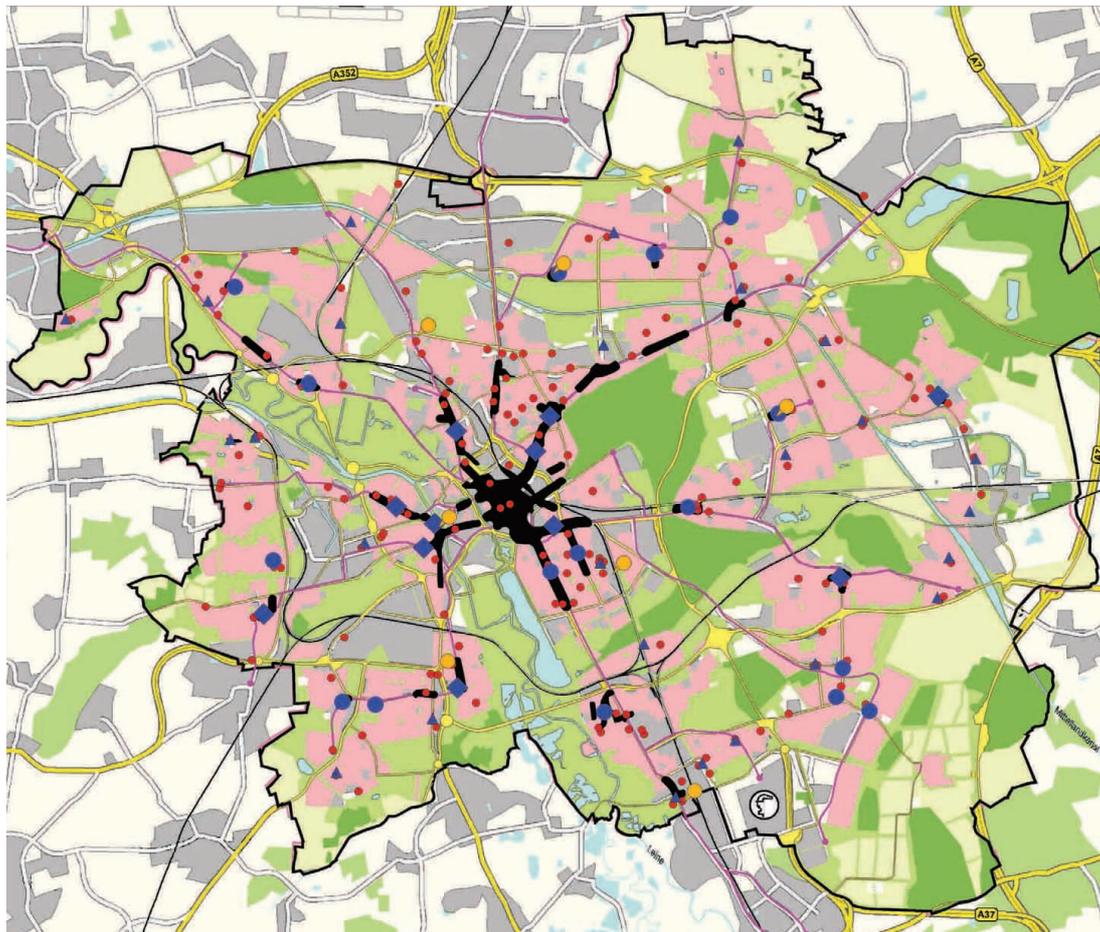
Dynamische und zukunftsbeständige lokale Wirtschaft: Verpflichtung zur Entwicklung und Sicherung einer dynamischen lokalen Wirtschaft, die Arbeitsplätze schafft, ohne dabei die Umwelt zu beeinträchtigen sowie

- Maßnahmen zu verabschieden, die Arbeitsplätze und Existenzgründungen vor Ort anregen und unterstützen,
- mit Unternehmen vor Ort zu kooperieren, um „Good Corporate Practice“ zu fördern und umzusetzen,
- die Märkte darin zu bestärken, lokal und regional qualitativ hochwertige Produkte zu produzieren,
- zukunftsbeständigen Tourismus vor Ort zu fördern.

Besondere Gender-Aspekte

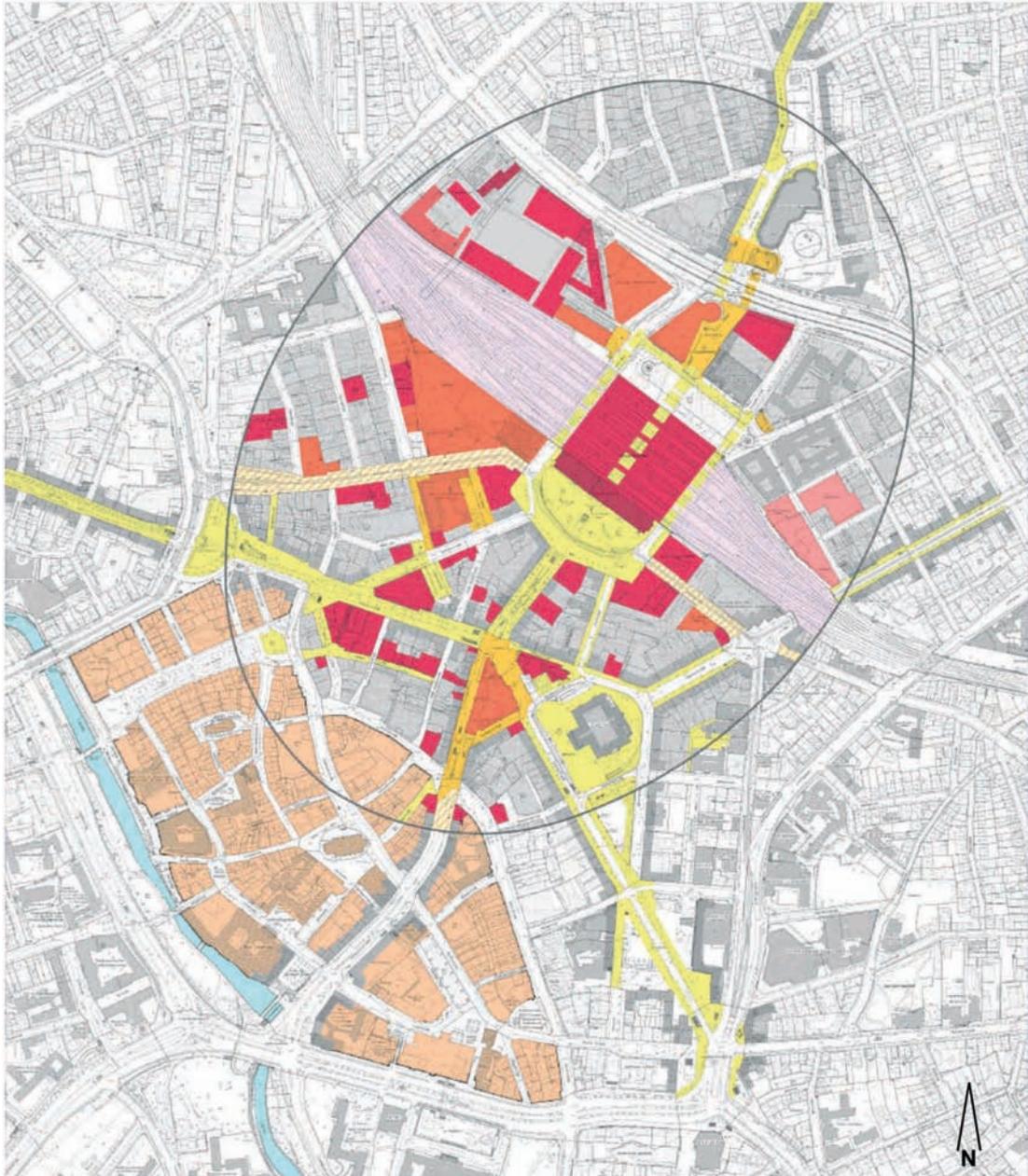
Anreize zur Frauenförderung in Betrieben zur Vereinbarung von Beruf und Familie. Förderung von Existenzgründerinnen.

Nahversorgung in Hannover



- ◆ Stadtteilzentrum
- Verdichtungsbereich
- ▲ Nachbarschaftsstandort
- Nahversorgungsstandorte
- zu prüfende Standorte
ab 2.000m² Verkaufsfläche
- Stadtbahnlinien
- Marktbereiche

Entwicklung der hannoverschen Innenstadt



Projekte ab Mitte 90er Jahre

- geplant
- im Bau befindlich
- fertiggestellt
- potenzielle Bauflächen

Aufwertung öffentl. Straßenraum

- fertiggestellt
- in Planung
- Handlungsbedarf
- Altstadtgrundriss

Plus 7

Hannover verbindet Wissenschaft und Stadt

Ziele:

- Hannover soll stärker als Wissenschaftsstandort wahrgenommen werden.
- Ein Klima der Kooperation soll die Entwicklung der Wissenschaftslandschaft in Hannover fördern.
- Studierende sollen sich nach Abschluss des Studiums für Hannover als Wohnort entscheiden.
- Mehr ausländische Studentinnen und Studenten sollen für ein Studium in Hannover gewonnen werden.

In der modernen Wissensgesellschaft kommt der effizienten Produktion, Verteilung und Verwertung von Wissen eine wachsende Bedeutung zu. Die Vernetzung der Stadt mit dem Wissenschafts- und Forschungsbereich bildet dabei einen besonderen Schwerpunkt. Die Stadtpolitik kann der Wissenschaft starke Impulse verleihen und deren Wirkung in die Stadtgesellschaft, auf Unternehmen und Kultureinrichtungen unterstützen. Dafür müssen kreative und innovative Potenziale in der Stadt gefördert werden. Hauptanliegen der Verbindung von Wissenschaft und Stadt besteht darin, Hannover im Wettbewerb mit anderen Städten national wie international als wissenschafts-, innovations- und diskursfreundliche Stadt zu positionieren.

Studierende und Lehrende sollen an den Wohnort Hannover gebunden oder neu für ihn gewonnen werden. Sie prägen das Bild der jungen und innovativen Stadt Hannover. Unternehmen benötigen gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. In bestimmten Arbeitsfeldern herrscht bereits heute ein Arbeitskräftemangel. Die Qualität der örtlichen Wissenschaftslandschaft kann bei Standortentscheidungen von Unternehmen ein wesentliches Kriterium sein.

Der Bedeutungszuwachs internationaler Vernetzungen von Hochschuleinrichtungen wird bei der Bildung der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen eine wichtige Rolle spielen. Die Hochschul- und Forschungseinrichtungen am Wissenschaftsstandort Hannover werden stärker arbeitsteilig mit den wissenschaftlichen Einrichtungen in Göttingen und Braunschweig kooperieren.

Potenzial:

Hannover ist mit rund 38.000 Studierenden und mehr als 10.000 Beschäftigten an den Universitäten und Fachhochschulen ein bedeutender deutscher Hochschulstandort. Darüber hinaus haben diverse außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und wissenschaftliche Einrichtungen ihren Sitz in Hannover.

Die Wissenschaftsgeschichte Hannovers ist mit vielen bedeutenden Wissenschaftlern, wie zum Beispiel mit dem Philosophen und Universalgelehrten Gottfried Wilhelm Leibniz, verbunden.

Die Landeshauptstadt fördert mit der Stiftungsprofessur „Software Engineering“ an der Universität Hannover den Wissenschaftsstandort und die Ausbildung junger Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen im

Bereich neuer Technologien. Die Wirtschaftsinitiative hannoverimpuls engagiert sich mit unterschiedlichen Angeboten für die gezielte Kontaktabbauung von Wissenschaft und Wirtschaft. Das Fest der Wissenschaften ist zu einem wichtigen Marketinginstrument für den Wissenschaftsstandort Hannover geworden. Veranstaltungen wie die Hannah-Arendt-Tage gehören ebenfalls zum Profil einer diskursfreudigen Stadt. Die Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen verfügt mit sieben Hochschulen, neun Fachhochschulen, zwei künstlerischen Hochschulen und mehr als 60 weiteren Forschungseinrichtungen und namhaften Fördereinrichtungen wie die Volkswagenstiftung über herausragende Wissenschaftskompetenzen.

Übersicht der vorrangigen Arbeiten:

Kooperation

Förderung von Netzwerken und gemeinsamen Öffentlichkeitsaktivitäten wie das regelmäßige Ausrichten des Festes der Wissenschaften werden fortgesetzt. Hannover beabsichtigt, sich am Wettbewerb „Stadt der Wissenschaft“ zu beteiligen.

> Maßnahmen: 7.1

Wissenstransfer

Initiativen und Impulse für einen Wissenstransfer mit Kultur, Wirtschaft und Stadtgesellschaft werden ausgebaut. Erfindergeist und unternehmerische Initiative werden unterstützt.

> Maßnahmen: 7.2

Kompetenzzentrum Energetische Sanierung

Einrichtung eines Kompetenzzentrums für Energetische Modernisierung und Klimaschutz. Neben der Fachhochschule Hannover sind als Projektpartner die Universität Hannover, die Region Hannover, enercity, die Klimaschutzagentur, proKlima und die Landeshauptstadt Hannover vorgesehen.

> Maßnahmen: 9.2

Projekt L³

Im Rahmen der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen soll das Projekt L³ realisiert werden. Unter diesem Titel sollen Projekte entwickelt werden, in deren Mittelpunkt die epochalen Denker Leibniz (Hannover), Lessing (Braunschweig-Wolfenbüttel) und Lichtenberg (Göttingen) stehen, die mit der kulturgeschichtlichen Identität der Region untrennbar verbunden sind.

> Maßnahmen: 7.3

Besondere Bezüge zu den AALBORG COMMITMENTS

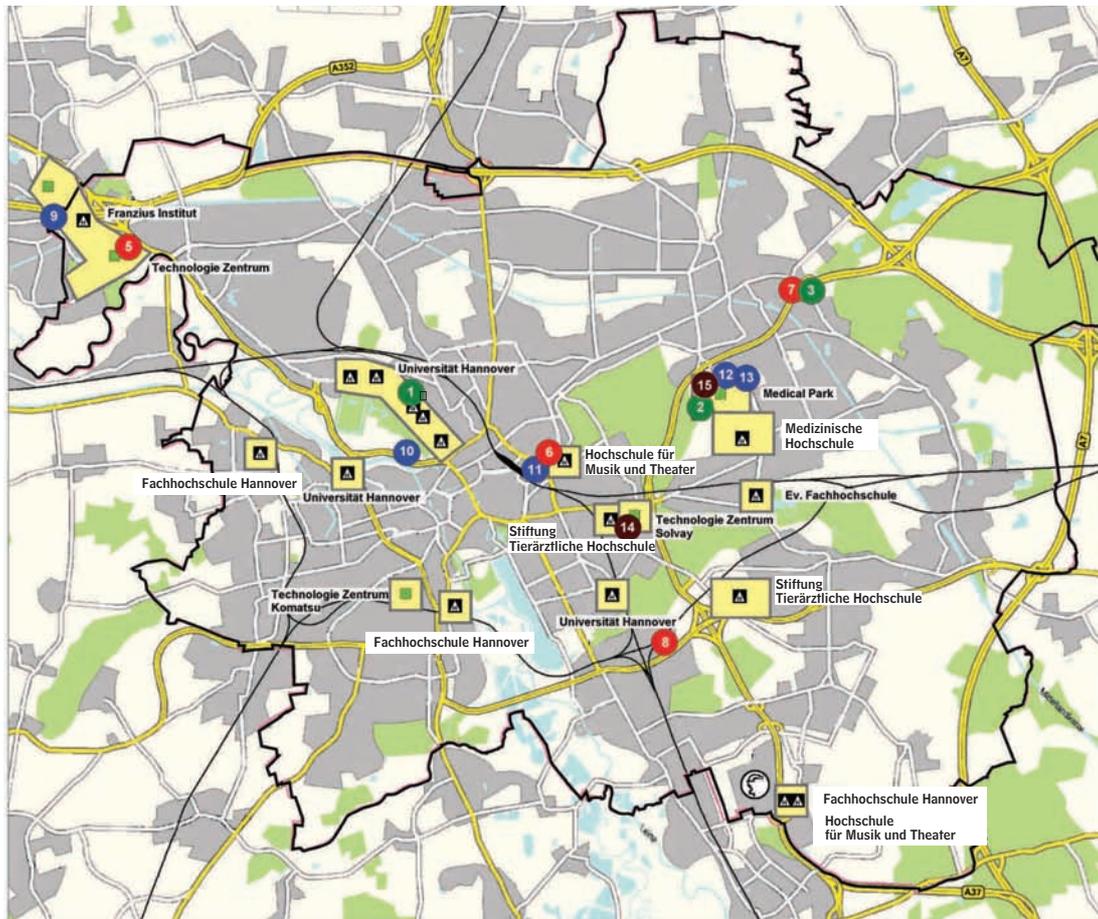
Dynamische und Zukunftsbeständige Wirtschaft: Verpflichtung, Maßnahmen zu verabschieden, die Arbeitsplätze und Existenzgründungen vor Ort anregen.

Soziale Gerechtigkeit: Verpflichtung, gerechten Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, Bildung, Arbeitsplätzen, Fortbildung, Information und kulturellen Aktivitäten zu gewährleisten.

Besondere Gender-Aspekte

Förderung von wissenschaftlichen Arbeiten in Geschlechter relevanten Themenfeldern.

Wissenschaftsstandorte in Hannover



Hochschule

Technologie - Zentrum

Forschungseinrichtungen (Quelle: Regionaler Entwicklungsbericht 2005)



Einrichtungen von Forschungsgemeinschaften

- 1 Max-Planck-Institut für Gravitationsphysik, Teilinstitut Hannover
- 2 Fraunhofer Institut für Toxikologie u. Experimentelle Medizin ITEM
- 3 Institut für Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben (GGA)



Bundes- und Landeseinrichtungen mit FuE-Aufgaben

- 5 Laser Zentrum Hannover
- 6 Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen
- 7 Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR)
- 8 Deutsches Institut für Kautschuktechnologie (DIK)



Weitere Forschungseinrichtungen

- 9 Produktionstechnisches Zentrum Hannover (PZH)
- 10 Europäische Forschungsgesellschaft für Blechverarbeitung
- 11 Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung
- 12 Internationale Stiftung Neurobionik
- 13 IPF PharmaCeuticals GmbH, Hannover



Private Qualifizierungs- und Weiterbildungseinrichtungen

- 14 Fachhochschule für die Wirtschaft
- 15 GISMA Business School

Plus 8

Hannover I(i)ebt Stadtkultur

Ziele:

- Die Attraktivität Hannovers als Großstadt soll weiter gestärkt werden.
- Erhalt und Weiterentwicklung einer vitalen Kultur- und Kunstszene.
- Profilierung Hannovers als Standort für Großveranstaltungen.

Die großen Städte waren schon immer Plätze des Austausches, der Entwicklung neuer Lebensentwürfe und Innovationen. Urbanes Lebensgefühl und städtische Lebensstile besitzen eine hohe Anziehungskraft auf kreative Menschen sowie innovative Unternehmen und Organisationen. Die Orientierung an einem spezifischen Großstadtprofil ist für eine junge und innovative Stadt unverzichtbar.

Die Kunst- und Kulturszene leistet mit ihrer Vielfalt und Vitalität einen bedeutenden Beitrag zur Urbanität Hannovers. Sie trägt in herausragender Weise zur Identifikation der hier lebenden Menschen mit ihrer Stadt bei und fördert die Attraktivität der niedersächsischen Landeshauptstadt für Besucherinnen und Besucher. Die Vielzahl der Institute und Gruppierungen im Bereich von Musik, Theater, Literatur und Bildender Kunst und ihre innovativen Programm- und Vermittlungsangebote garantieren auch künftig eine lebendige Stadtkultur.

Öffentliche, wohnortnahe Angebote gewährleisten eine breite Teilhabe aller Einwohnergruppen an kulturellen Aktivitäten und fördern das bürgerschaftliche Engagement. Bei den Angeboten für Kinder und Jugendliche sollen zeitgemäße Methoden und Strukturen entwickelt werden, damit ein breiterer Zugang möglich wird. Ein wichtiges Handlungsfeld ist die Förderung junger Kunst und Kultur, auch durch internationale Begegnungen.

Durch internationale Beachtung und überregionale Wirkung trägt die Kulturlandschaft in Hannover mit ihren vielfältigen Sparten und Akteuren zur Schärfung des urbanen Profils der Landeshauptstadt bei. Die herausragenden Institutionen und Events gilt es zu erhalten, weiter zu entwickeln und selbstbewusst zu vermarkten. Die Attraktivitätssteigerung der vielgestaltigen Herrenhäuser Gärten ist dabei ein Handlungsschwerpunkt.

Die öffentliche Finanznot setzt auch die städtisch geförderten Kulturinstitutionen unter Druck, dem nicht allein mit dem Hinweis auf den Eigenwert der Kultur begegnet werden kann. Neue Kooperations- und Finanzierungsformen und systematische Wechselbeziehungen zu anderen kommunalen Handlungsfeldern können Synergieeffekte erzeugen, die als Antrieb für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Kunst- und Kulturszene dienen können. Für eine Erweiterung der Kultureinrichtungen in Hannover bedarf es privaten Engagements und gemeinsamer An-

strengung der kommunalen und staatlichen Ebenen. In diesem Kontext können Ausbau und Weiterentwicklung der hannoverschen Museen geplant werden. Dies gilt auch für das Sprengel Museum Hannover, das neue Ausstellungsräume erhalten soll, um insbesondere die Sammlung der Werke von Niki de Saint Phalle angemessen präsentieren zu können. Kooperationen der Museen und Ausstellungshäuser, wie beispielhaft mit dem Kunstverein und der kestnergesellschaft im Bereich der zeitgenössischen bildenden Kunst, sollen verstärkt werden.

Bei der Bewertung der Urbanität und des städtischen Flairs gewinnen die Situation der Innenstädte, das Einzelhandelsangebot, das Stadtbild und das gastronomische Angebot, aber auch öffentliche, für Familien interessante Orte, wie das Historische Museum eine wichtige Rolle. Hannover muss aus der positiven Entwicklung, die insbesondere im Umfeld des Hauptbahnhofs stattgefunden hat, Impulse für die weitere Attraktivitätssteigerung der Innenstadt entwickeln. Dazu gehören auch Initiativen zur Förderung des Wohnens in der Innenstadt und Unterstützung bei der Realisierung innovativer Wohnformen im Stadtgebiet.

Darüber hinaus muss sich Hannover weiterhin als Standort für überregionale Kulturevents, Sportveranstaltungen und Kongresse profilieren.

Potenzial:

Hannover ist die mit Abstand größte Stadt Niedersachsens, die in erster Linie durch die internationalen Messen und die Durchführung anderer Großveranstaltungen sowie durch ihre Funktion als Landeshauptstadt ein besonderes urbanes Flair entwickelt hat. Dieses drückt sich ebenfalls in einem differenzierten Einzelhandelsangebot, einer lebhaften Gastronomieszene und einer Vielzahl hochwertiger Arbeitsplätze aus.

Hannover ist durchzogen mit kulturellen Zeugnissen früherer Zeiten und modernen Präsentationen und bietet Kunst auf „Schritt und Tritt“. Hannover zeichnet sich in seiner kulturellen Infrastruktur durch zentrale, markante Institutionen und durch dezentrale, im Wohnquartier erreichbare Angebote aus.

Hervorzuheben ist das spezifische Profil der hannoverschen Kulturlandschaft. Zu ihr gehören zum Beispiel die Herrenhäuser Gärten als einmalige historische Gartenanlage und Ort jährlicher Festspiele, die kulturgeschichtlichen Sammlungen und Museen mit ihren unverwechselbaren Besonderheiten, das Sprengel Museum Hannover und andere Orte der Präsentation moderner und zeitgenössischer Kunst oder Schauspiel und Oper des Staatstheaters, die im Vergleich der deutschsprachigen Bühnen zurzeit Spitzenpositionen einnehmen.

Neben der Stadt engagiert sich das Land besonders für die Oper, das Theater, die Hochschule für Musik und Theater, das Landesmuseum oder auch anteilig

für das Sprengel Museum Hannover. Kunst und Kultur bieten in Hannover das Erleben internationaler Ereignisse und das Mitgestalten lokaler kultureller Aktivitäten.

Hannover, um unter anderem die Sammlung der Werke von Niki de Saint Phalle adäquat präsentieren zu können.

> Maßnahmen: 8.2

Großveranstaltungen

Hannover profiliert sich weiterhin als Standort für überregionale Kulturevents, Sportveranstaltungen und Kongresse. Die Aktivitäten zur Einwerbung von Eventveranstaltungen sowie das Kultur- und Veranstaltungsangebot werden weiter gestärkt.

> Maßnahmen: 3.3; 6.2; 8.3

Urbane Wohnformen

Impulse für innovative Wohnformen sowie das Wohnen in der Innenstadt sollen in Hannover entwickelt und gefördert werden.

> Maßnahmen: 4.7

Übersicht der vorrangigen Arbeiten:

Erneuerung der Kulturförderung

Die strukturellen Stärken der hannoverschen Kulturlandschaft - Vielfalt der Institute und Angebote, Autonomie der Häuser, innovative Programm- und Vermittlungskonzepte - sollen nachhaltig durch Weiterentwicklung und Erneuerung der Kulturförderung gestärkt werden. Neuordnung der freien Theater und ihrer Förderung. Systematische Förderung der jungen Kunst und Kultur.

> Maßnahmen: 8.1

Kulturelle Highlights

Die Attraktivität der Herrenhäuser Gärten soll durch Erneuerung der Anlagen, Verbesserung des Marketings und Schaffung neuer Angebote gesteigert werden.

Sofern neue Wege der Finanzierung erschlossen werden können, sollen die hannoverschen Museen erweitert werden; dies betrifft insbesondere das Sprengel Museum

Besondere Bezüge zu den AALBORG COMMITMENTS

Soziale Gerechtigkeit: Verpflichtung, gerechten Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, Bildung, Arbeitsplätzen, Fortbildung, Information und kulturellen Aktivitäten zu gewährleisten.

Besondere Gender-Aspekte

Förderung von Angeboten, die in Bibliotheken den Jungen- und Männeranteil erhöhen.



Plus 9

Hannover schützt Klima und Umwelt

Ziele:

- Reduzierung der CO₂-Emissionen in Übereinstimmung mit den Vorgaben der globalen und nationalen Klimaschutzziele.
- Energie- und Kosteneinsparung durch Sanierung städtischer Gebäude nach energetischen Kriterien.
- Sicherung umweltverträglicher Mobilitätskonzepte.
- Erhalt der Qualität der Landschaftsräume und Sicherung der Artenvielfalt.
- Revitalisierung und städtebauliche Integration von Industriebrachen.
- Schärfung des Profils als Stadt der Gärten.
- Verbesserung der Angebote zur Umweltbildung.

Jede Generation muss ihre Aufgaben lösen und sie nicht den nachkommenden Generationen aufbürden. Dieser Grundsatz einer auf Nachhaltigkeit angelegten Politik gilt für alle politischen Ebenen, somit auch für Städte - und dort in besonderer Weise für den Umweltbereich. Eine moderne städtische Umweltpolitik schafft Impulse für ein umweltverträgliches Wirtschaftswachstum, senkt die Belastungen durch Schadstoffe und sichert die Qualität der Landschaftsräume. Die herausragende kommunale Umweltaufgabe stellt sich jedoch im Bereich des Klimaschutzes. Da in den Städten eine räumliche Konzentration klimarelevanter Emissionen stattfindet, kann auf der lokalen Ebene ein relevanter Beitrag zur Erreichung der nationalen und globalen Klimaschutzziele geleistet werden.

Zu den bedeutsamsten Feldern des lokalen Klimaschutzes gehört neben einer umweltfreundlichen Verkehrspolitik und der Nutzung regenerativer Energiequellen die Einsparung von Energie. Hier kommt der energetischen Sanierung und Optimierung von Altbauten eine wachsende Bedeutung zu.

Der motorisierte Individualverkehr und der Güterverkehr haben nicht nur klimaschädliche Auswirkungen, sie erzeugen auch Belastungen durch Lärm und Luftschadstoffe. Für den Erhalt der Funktionsfähigkeit von Großstädten ist Mobilität von entscheidender Bedeutung. Deshalb kann nicht die Einschränkung der Mobilität, sondern muss die Förderung umweltverträglicher Verkehrssysteme und die Vernetzung der Verkehrsträger im Mittelpunkt kommunaler Verkehrspolitik stehen. Eine Schlüsselrolle kommt dabei den Verkehrsträgern des Umweltverbundes (Bahn, Bus, Taxi, CarSharing, Fahrrad) zu.

Angesichts des weiter anhaltenden Flächenverbrauchs bleibt die Flächen sparende Entwicklung von Wohn- und Gewerbegebieten weiterhin eine Vorgabe des Umweltschutzes. Hier bieten die verdichtete Siedlungsstruktur der Großstädte und die Strukturveränderungen durch brach fallende Flächen gute Ansatzpunkte. Innovative Konzepte im Wohnungsbau und die Revitalisierung von

Flächen eröffnen die Möglichkeit, mit weniger Flächenverbrauch die Ansprüche von Wirtschaft und Wohnungsmarkt zu erfüllen.

Die Pflege und Unterhaltung öffentlicher Grünflächen, Parks, Friedhöfe und Landschaftsräume stehen unter starkem Kostendruck bei gleichzeitig hohen Ansprüchen an Qualität und Sauberkeit. Aufgrund notwendiger Konsolidierungsmaßnahmen müssen auf vielen Flächen Standards verändert werden. Damit der hohe Pflegestandard der historischen und modernen Park- und Friedhofsanlagen weiterhin gehalten werden kann, braucht jeder Park einen engagierten Unterstützungsverein, der tatkräftige Hilfe leistet und Gelder einwirbt. Das ehrenamtliche und finanzielle Engagement von Einwohnerinnen und Einwohnern sowie von Firmen und Institutionen für die Pflege und Unterhaltung von Grünanlagen soll ausgebaut und gefördert werden. Dazu zählt auch die Entwicklung eines Public-Private-Partnership-Konzepts für die historischen und modernen Parks und Gärten. Dieses Engagement muss qualifiziert gesteuert werden.

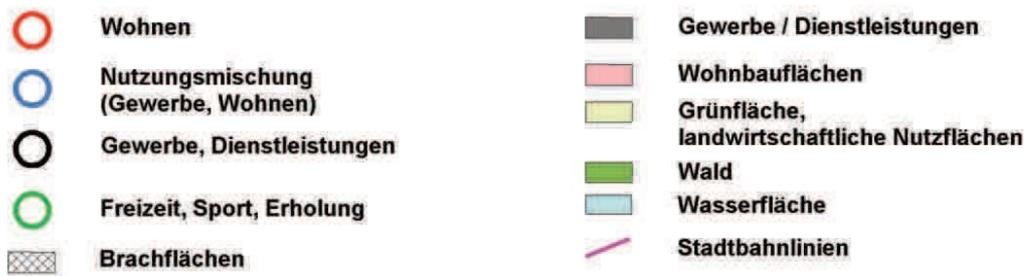
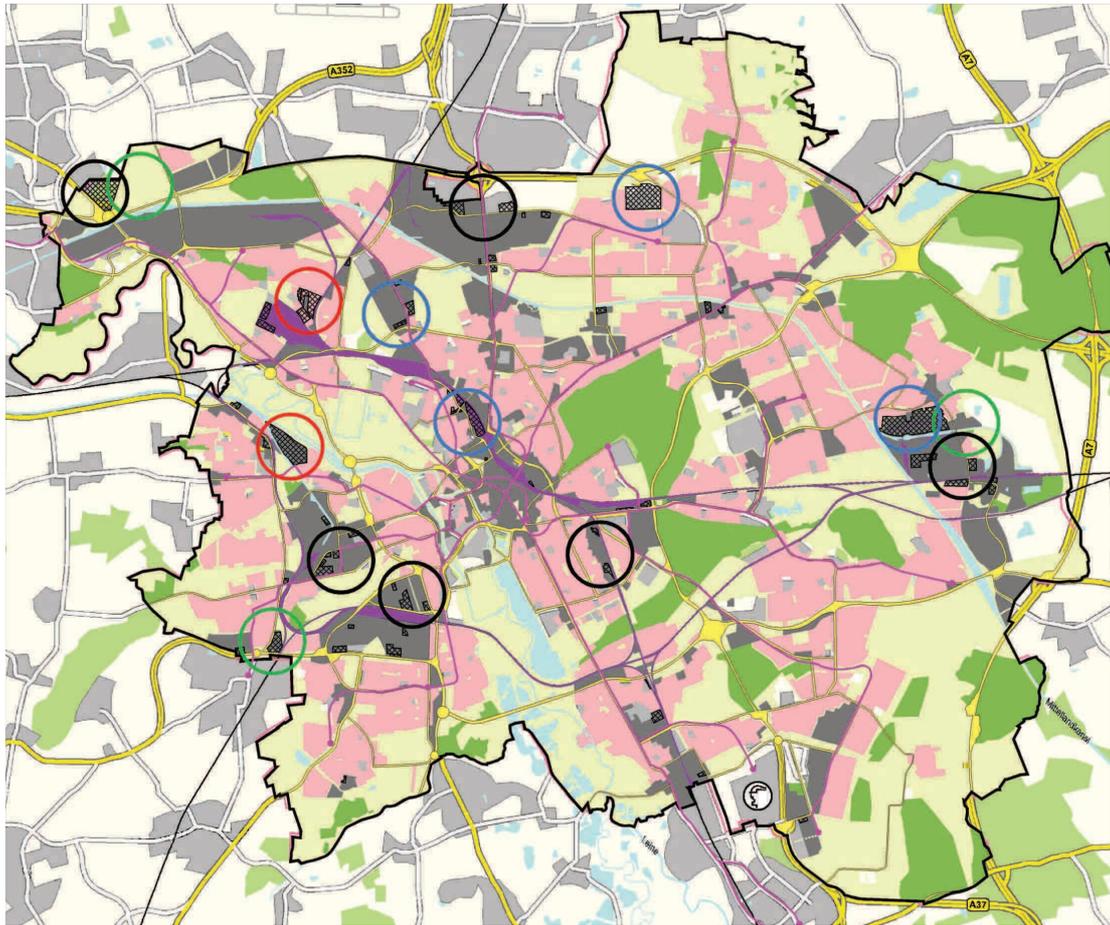
Damit sich die laufenden Kosten von Grünflächen der Stadt gegenüber heute nicht erhöhen, sollen Planung und Pflege künftig differenzierter ausgeführt werden. Hierfür werden Entwicklungskonzepte für Grünflächen und Landschaftsräume erarbeitet, die auch dazu führen werden, dass sich städtische Grünflächen von gemähten Wiesen in naturnahe Flächen umwandeln. Neue waldartige Bestände werden in vielen Stadtteilen zu finden sein. Die ökologischen Qualitäten der Freiflächen sollen weiter gesteigert werden.

Mit einem Brachen-Entwicklungsprogramm werden Brachen in der Stadt für eine temporäre Nutzung gezielt entwickelt. Flächen, die nur mit einem zu hohem Aufwand rekultivierbar sind, werden gesichert und der natürlichen Entwicklung überlassen.

Durch eine gezielte Umweltbildungsarbeit sollen Menschen zur aktiven Gestaltung einer ökologisch verträglichen, wirtschaftlich leistungsfähigen und sozial gerechten Umwelt befähigt werden. Dies geschieht unter Berücksichtigung globaler Aspekte. Notwendig sind dafür verschiedene Aktivitäten wie beispielsweise die Unterstützung von Schülerfirmen, einer gesunden und ökologischen Schulverpflegung sowie von Bildungsmaßnahmen zu umweltgerechtem Verhalten. Den Schulen und Kindertagesstätten kommt dabei eine besondere Rolle zu. Der Tatsache, dass in Hannover bereits 40 Prozent der neugeborenen Kinder einen Migrationshintergrund haben, soll in der Umweltbildungsarbeit verstärkt Rechnung getragen werden.

Eigenes „Gärtnern“ kann eine Grundlage für wertschätzenden Umgang mit der Umwelt sein. Deshalb wird Engagement im Bereich der privaten Gartenkultur aktiv unterstützt.

Integration von Brachen in die hannoversche Stadtstruktur



Potenzial:

Hannover unternimmt große Anstrengungen im kommunalen Klimaschutz und profiliert sich mit den Städten und Gemeinden des Umlandes als Klimaschutzregion. In Kooperation von Stadt und Stadtwerken werden jährlich mehr als fünf Millionen Euro zur Förderung der regenerativen Energieerzeugung und der energetischen Gebäudesanierung aufgebracht.

Die Region Hannover verfügt über eine hervorragende Infrastruktur im öffentlichen Personennahverkehr und mit Hannovermobil über ein beispielhaftes Projekt zur Förderung einer umweltfreundlichen Mobilitätskultur.

Hannover ist als Stadt der Gärten national und international zu einem Begriff geworden und lockt viele Touristinnen und Touristen an. Die Herrenhäuser Gärten sind Ziel aller Gartenreisen in Deutschland. Kulturveranstaltungen machen die Parks zu lebendigen Treffpunkten. Hannovers Gartenkultur trägt dadurch erheblich zur urbanen Lebensqualität bei, stärkt die tourismusnahe Wirtschaft und kann einen entscheidenden Faktor bei der Wahl des Wohnortes spielen.

Übersicht der vorrangigen Aufgaben:

Projekt Klimaschutzregion Hannover

Schwerpunkte sind nachhaltige energetische Modernisierung der Wohngebäude, Neubau besonders energieeffizienter Gebäude, Ausbau der Solarenergie, Biogas- und Biomassennutzung, Stromeinsparung, umweltverträgliche Mobilität, Förderprogramme, Qualifizierungsmaßnahmen und Veranstaltungen für den Klimaschutz.

> Maßnahmen: 9.1

Entwicklungskonzept für Grünflächen und Landschaftsräume

Grünflächen werden differenziert geplant und gepflegt, damit ohne zusätzliche Pflegekosten eine Vielfalt und ökologische Aufwertung der Flächen erhalten und ausgebaut werden kann. Die Pflegeintensität reicht von intensiver Pflege, beispielsweise von historischen Gärten und Stadtplätzen, bis zur Sukzession und Aufwaldung von städtischen Grünflächen.

> Maßnahmen: 9.2

Temporäre Brachen

Mit einem strategischen Flächenmanagement werden temporäre Brachen optisch und ökologisch aufgewertet. Einwohnerinnen und Einwohner oder Gewerbetreibende können diese Flächen für eine Zwischennutzung pachten.

> Maßnahmen: 9.2

Bürgerschaftliches Engagement

Das ehrenamtliche und finanzielle Engagement von Einwohnerinnen und Einwohnern, Firmen und Institutionen für die Pflege und Unterhaltung von Grünanlagen wird ausgebaut und gefördert. Gemeinschaftswiesen, Nachbarschaftsparks und Waldparks tragen zur Reduzierung der Pflegekosten bei.

> Maßnahmen: 1.2

Gartenregion Hannover 2008

Die Gartenqualitäten der Stadt und der Region werden mit einem gemeinsamen Auftritt unter dem Motto „Gartenregion Hannover 2008“ herausgestellt. Vorhandene Qualitäten und Aktivitäten werden in einen erleb- baren Zusammenhang gebracht und publik gemacht. Ein Netzwerk von 21 Kommunen und weiterer Partner bildet die Basis für eine dauerhafte Zusammenarbeit im touri- stischen Bereich. Ziel ist es, neben der Förderung von „Garten-denken“ die regionale Identifikation zu stärken und die regionale Wirtschaft zu fördern.

> Maßnahmen: 9.3

Artenvielfalt in der Stadt

Hannover ist Lebensraum für eine Vielzahl auch sehr seltener Tier- und Pflanzenarten. Diese „Biodiversität“ kann mit oft nur geringen Mitteln geschützt und entwickelt werden.

> Maßnahmen: 9.4

Besondere Bezüge zu den AALBORG COMMITMENTS

Komplette Übereinstimmung mit den Zielen Gemeinschaftliche Naturgüter, Verantwortungsbewusster Konsum und Lebensweise, Verbesserte Mobilität/Weniger Verkehr und Von Lokal zu Global.

Besondere Gender-Aspekte

Maßnahmen zur Erhöhung der subjektiven Sicherheit in Grünanlagen.

Plus 10

Hannover sichert die Handlungsfähigkeit

Ziele:

- Sicherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Stadt.
- Anpassung der Infrastruktur an den veränderten Bedarf.
- Weitere Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Stadtverwaltung.
- Verwirklichung Kosten senkender Kooperationsmodelle mit privaten Unternehmen und anderen Trägern.

Die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und insbesondere die finanziellen Rahmenbedingungen zwingen die Stadt zu einer Anpassung der Infrastruktur an den veränderten Bedarf und die städtische Leistungsfähigkeit. Der Abwägungsprozess, wo neu zu investieren und wo abgebaut werden soll, muss die demografische Entwicklung ebenso berücksichtigen wie verändertes Nutzerverhalten und zudem dem Grundsatz der Generationengerechtigkeit beim Grad der Verschuldung folgen.

Die Möglichkeiten, über breit gestreute Einsparungen Handlungsspielräume zu erhalten, sind weitgehend ausgeschöpft. Um den Herausforderungen der kommenden Jahre einschließlich der bekannten soziodemografischen Veränderungen begegnen zu können, muss die Stadt handlungsfähig sein. Die Handlungsfähigkeit von Hannover hängt allerdings maßgeblich von ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit ab. Deshalb muss der Haushaltsausgleich ein zentrales Ziel der Stadtpolitik sein.

Eine umfassende und konsequente Aufgabenkritik ist im Hinblick auf verzichtbare städtische Handlungsfelder ebenso notwendig wie die Entwicklung neuer effizienter Arbeits- und Kooperationsformen. Letztere müssen die Qualität und Wirtschaftlichkeit bei der Erfüllung städtischer Aufgaben verbessern.

Die Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens wird deutlich machen, in welchem Umfang Städte und Gemeinden derzeit in einigen Bereichen unterinvestieren. Ohne eine substanzielle Erhöhung der Investitionen ist auf Dauer ein schleichender Verfall der Infrastruktur unvermeidbar - mit allen Konsequenzen für die Lebensqualität in den Gemeinden. Noch stärker als bisher ist deswegen bei Investitionsentscheidungen das Augenmerk auf den Erhaltungsbedarf der bestehenden Infrastruktur zu richten.

Das beschlossene Haushaltskonsolidierungskonzept muss konsequent umgesetzt und bei Ausfall von Maßnahmen müssen Ersatzmaßnahmen realisiert werden, damit die vorgesehene Konsolidierungswirkung erreicht wird. Dazu müssen auch tarifpolitische Vereinbarungen und eine am Bedarf orientierte Personalentwicklung beitragen.

Voraussichtlich ab dem Jahr 2010 wird ein am Ressour-

cenverbrauch orientiertes Rechnungswesen die kameralistische Haushaltsrechnung ablösen. Der neue Rechnungsstil verändert nicht die finanzielle Situation der Stadt. Durch die bilanzielle Ausweisung des Eigenkapitals wird allerdings deutlich werden, dass die Stadt ein hohes Vermögen ausweisen kann.

Potenzial:

Mit dem Haushaltskonsolidierungskonzept V ist das ambitionierte Ziel verbunden, bis einschließlich 2007 den städtischen Haushalt um zirka 90 Millionen Euro zu entlasten. Ziel des Programms ist es, das jahresbezogene und damit strukturelle Defizit des städtischen Haushalts auszugleichen. Sollte dieses Ziel erreicht werden, wird es darum gehen, das in den vergangenen Jahren aufgelaufene Altdefizit zu reduzieren.

Zu Beginn des ersten Planjahres 2005 ist eine leichte Entspannung der städtischen Finanzlage gegenüber den vorangegangenen Prognosen festzustellen. Auf dieser Grundlage erscheint die geschilderte Zielsetzung erreichbar.

Entscheidend für die Wiederherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Stadt auf Dauer ist vor allem eine Stabilisierung der Steuereinnahmen. Ferner ist ein jahresbezogen ausgeglichener Haushalt nur möglich, wenn eine Verschlechterung der Haushaltslage durch Auswirkungen von Bundes- oder Landesgesetzen sowie die Umlagepolitik der Region Hannover vermieden wird.

Übersicht der vorrangigen Arbeiten:

Anpassung der Infrastruktur

Aufgegeben oder umgewandelt werden Infrastruktureinrichtungen und Leistungen, die aufgrund des demografischen Wandels nicht mehr gebraucht werden oder eine niedrige Priorität haben. Die eingesparten Mittel können für zukunftsorientierte Infrastruktureinrichtungen und Leistungen mit hoher Priorität realisiert werden, zum Beispiel in Integrationsförderung und familienfreundliche Infrastrukturen.

Konzentration und Kooperation

Verschiedene Maßnahmen sind zu entwickeln und zu prüfen, zum Beispiel: Vernetzung, Regionalisierung von Aufgaben, verbesserte Koordination der Stadtteileinrichtungen, Konzentration von Einrichtungen, Veränderungen von Trägerstrukturen, Weiterentwicklung des Personalmanagements.

Überprüfung der Wettbewerbsfähigkeit

Es ist vorgesehen, alle internen Dienstleistungen der Stadtverwaltung mit den Angeboten privater Dritter zu

vergleichen und aus diesen Ergebnissen die gegebenenfalls notwendigen Konsequenzen zur verbesserten Wirtschaftlichkeit der Stadtverwaltung zu ziehen. Dabei geht es in erster Linie auch darum, die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Dienstleistungen dort herzustellen, wo dies notwendig ist. Ergebnis dieses umfassenden Prüfungsprozesses kann auch sein, dass ausgelagerte Aufgaben wieder selbst von der Verwaltung wahrgenommen werden, wenn dies wirtschaftlicher ist. Ein entsprechendes Vorgehen ist auch für die Bewertung der Frage vorgesehen, wer Träger von Maßnahmen sein sollte.

Städtischer Tarifvertrag

Der städtische Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung sieht bis zum Jahre 2010 einen Kündigungs- und Privatisierungsschutz vor. Die Zeit bis dahin soll genutzt werden, einen umfassenden Prüfungs- und Optimierungsprozess in dem dargestellten Sinne vorzunehmen.

Alternative Finanzierungsformen

Bei städtischen Investitionsvorhaben werden alternative Finanzierungsformen gleichberechtigt geprüft. Dabei geht es vor allem um die Kooperation mit Unternehmen (Public Private Partnership), die die Planung, Durchführung, Finanzierung und gegebenenfalls den anschließenden Betrieb eines Vorhabens übernehmen. Entsprechende Entscheidungen sind im Einzelfall zu treffen. Modelle der alternativen Finanzierungsformen können vor allem im Bereich der Gebäudewirtschaft zunehmend angewandt werden.

Besondere Bezüge zu den AALBORG COMMITMENTS

Governance: Verpflichtung, eine gemeinsame langfristige Vision für eine zukunftsbeständige Stadt weiterzuentwickeln.

